A black and white photograph of a graduate in profile, facing right. The graduate is wearing a dark academic cap with a tassel and a dark academic gown with a white collar. The background is dark and out of focus.

**Schöne neue  
Hochschulwelt**

**DDS**

Zeitschrift  
der Gewerkschaft  
Erziehung und Wissenschaft  
Landesverband Bayern

**November  
2007**

## Inhalt:

<b>Universität im Wettlauf um Exzellenz und Eliten</b> von Prof. Dr. Heiner Keupp .....	<b>S. 3</b>
<b>Von der Freiheit akademischer Lehre in Zeiten des Terrorismus</b> von Dr. Magnus Treiber .....	<b>S. 6</b>
<b>Das Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG)</b> von Dr. Claudia Kleinwächter .....	<b>S. 8</b>
<b>Das akademische »Subproletariat«</b> von Diana Greim .....	<b>S. 10</b>
<b>Wie das Studieren nur finanzieren?</b> von Michael Bayer .....	<b>S. 12</b>
<b>Die GEW-Projektgruppe DoktorandInnen (PGDok)</b> von Astrid Backmann .....	<b>S. 14</b>
<b>GEW-Hochschulgruppe Augsburg bringt Stein ins Rollen</b> von Tobias Hartmann .....	<b>S. 15</b>
<b>Ringvorlesung der GEW-Hochschulgruppe an der Hochschule Coburg</b> von Barbara Blechschmitt und Gordon Hertel .....	<b>S. 16</b>
<b>Ein vielgliedriges Schulsystem schadet allen</b> Zweiter Kongress der Initiative »Eine Schule für alle« von Gele Neubäcker und Marko Junghänel .....	<b>S. 17</b>
<b>Soziale Arbeit ist mehr wert</b> Fotoimpressionen von der Demo am 29.9. in Nürnberg .....	<b>S. 18</b>
<b>Nachforderung von Reisekosten</b> für Klassenfahrten, Schullandheimaufenthalte und dergleichen von Hans Schuster .....	<b>S. 19</b>
<b>Verbesserung der Integrationskurse durchgesetzt!</b> von Dr. Stephanie Odenwald .....	<b>S. 20</b>
<b>Dies und Das</b> .....	<b>S. 20</b>
<b>Veranstaltungen</b> .....	<b>S. 22</b>
<b>Glückwünsche und Dank</b> .....	<b>S. 23</b>
<b>Kontakte</b> .....	<b>S. 24</b>

## Spenden für das Jugendkulturzentrum Dersim

Auf dem Fest zu seinem 70. Geburtstag hat unser Kollege Haydar Isik 1520 Euro Spenden für das Jugendkulturzentrum seiner Heimatstadt Dersim gesammelt. Für weitere Spenden stellt die GEW Bayern bis Ende des Jahres ihr Solidaritätskonto zur Verfügung (GEW Bayern, Solidaritätskonto, Nr. 17 02 10 09 01 bei der SEB München, BLZ 700 101 11, Kennwort »Jugendkulturzentrum Dersim«). Haydar bittet um weitere Spenden. In der nächsten DDS wird ein Artikel dazu erscheinen.

Ab \_\_\_\_\_ gilt folgende Änderung (meiner Adresse, Bankverbindung, Eingruppierung, Beschäftigungsart, Teilzeit, Erziehungsurlaub, Arbeitsstelle, GEW-Funktion ...)

Name:

Mitgliedsnummer:

Änderung:

Bitte zurück an GEW Bayern, Schwanthalerstr. 64, 80336 München  
Grundsatz aller Gewerkschaften: Wer weniger verdient, zahlt weniger Beitrag (wenn es uns mitgeteilt wird!). Wer unter dem satzungsgemäßen Beitrag liegt, verliert seinen gewerkschaftlichen Rechtsschutz!

**Wieder einmal unter dem Durchschnitt** findet sich Deutschland gemäß einer neuen OECD-Studie. Diesmal bekommt der Exportweltmeister ein »Mangelhaft« hinsichtlich der Quote der Abschlüsse an Universitäten und Fachhochschulen, die nur bei 20 % liegt, im OECD-Durchschnitt aber bei 36 %. Die Ursache liegt, so die Studie, in einem Bildungssystem, das durch die Benachteiligung von Kindern aus nicht-akademischen Elternhäusern die vorhandenen Potenziale nicht erschließt. Aber zum Glück gibt's die deutsche Wirtschaft, die hier in die Bresche springt und sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung stellt: »Studienkompass« heißt ein Programm, das Anfang September mit großem Medienwirbel von der Stiftung der Deutschen Wirtschaft, der Deutsche Bank Stiftung und der Accentur-Stiftung an den Start ging. 175 GymnasiastInnen aus nicht-akademischen Elternhäusern, ausgewählt aus 350 Bewerbungen, werden von MentorInnen ins Studium begleitet – als »Beitrag zur Standortsicherung«\*. Ein wahrhaft vorwärtsweisendes Projekt – getragen von Stiftungen, wohlgekernt, die sich aus Gewinnen lukrativer Unternehmen finanzieren und deren Steuern mindern. Diese den öffentlichen Haushalten vorenthaltenen Steuern fehlen dann u. a., um bessere Bildung für alle zu finanzieren. Gesellschaftliche Verantwortung zu tragen, stellen wir uns anders vor. Wir empfehlen, Konsequenzen aus einer weiteren OECD-Studie zu ziehen, laut der Deutschlands Steuerquote mit 21,9 % deutlich unter dem OECD-Durchschnitt von 26,8 % liegt und die zum Beispiel fordert, die geringen Vermögens- und Erbschaftsteuern anzuheben. (ZEIT, 18.10.07).

Karin Just

\* Pressemitteilung der Stiftung der Deutschen Wirtschaft vom 30.08.07

Folgende Themen für die DDS sind in Planung bzw. in unserem Themenspeicher – Beiträge dazu und weitere Vorschläge erwünscht: Umgang mit Kindern in Not • Sinkende SchülerInnenzahlen – Welche Utopien haben wir? • Jahrgangsübergreifendes Lernen und jahrgangsübergreifende Klassen • SchülerInnen und Mitbestimmung • Alternativen für die Gesellschaft • Bürgerschaftliches Engagement • Religionen • Gesundheit • Lebenszeit/Arbeitszeit – Arbeitszeitmodelle • Gesundheit.

## Einladung zur Tarifpolitischen Konferenz der GEW Bayern für Schwaben

Montag, **19.11.2007**, 18.30 Uhr in **Augsburg**  
Zeughaus (Kreuzer Raum Nr. 118)  
Am Zeugplatz 4 • Augsburg  
Mit Hans Schuster und Ilona Deckwerth

Weitere tarifpolitische Konferenzen finden statt am  
**29.11. in Nürnberg und am 30.11. in Würzburg**

**Telefonische Sprechzeiten der GEW-Rechtsstelle  
mit Beratung für GEW-Mitglieder:  
montags und donnerstags von 13.00 bis 16.00 Uhr  
Telefon: 0 89-54 37 99 59  
Bitte Mitgliedsnummer bereithalten!**

## Impressum:

DDS • Die Demokratische Schule • **Herausgeber:** Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB, Landesverband Bayern, Geschäftsstelle: Schwanthalerstr. 64, 80336 München, ☎ 0 89-5 4 4 0 8 1 0 • Fax: 0 89-5 38 94 87 • e-mail: info@bayern.gew.de • www.gew-bayern.de  
**Redaktionsleiterin:** Karin Just, Heimeranstr. 58, 80339 München, ☎ 0 89-51 00 91 02 oder über die Geschäftsstelle der GEW erreichbar ☎ 0 89-54 40 81 0 • Fax: 0 89-5 38 94 87 e-mail: KJ@bayern.gew.de

**Redaktionelle MitarbeiterInnen:** Verena Escherich, Hannes Henjes, Gele Neubäcker, Ute Schmitt, Doro Weniger, Wolfram Witte.

**Gestaltung:** Karin Just  
**Bildnachweis** (soweit nicht beim Foto berücksichtigt): Titel: imago/Rainer Unkel  
**Druck:** Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München, ☎ 0 89-5 02 99 94

**Anzeigenannahme:** über die Redaktionsleitung

**Anzeigenverwaltung:** Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München,

☎ 0 89-5 02 99 94, e-mail: team@druckwerk-muenchen.de

Zur Zeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 12 vom 1.1.2003 gültig.

Mit Namen oder Namenszeichen gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der betreffenden VerfasserInnen dar und bedeuten nicht ohne weiteres eine Stellungnahme der GEW Bayern oder der Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Druckschriften wird keine Gewähr übernommen. Bei allen Veröffentlichungen behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Der Bezugspreis ist für GEW-Mitglieder des Landesverbandes Bayern im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. Der Bezugspreis für Nichtmitglieder beträgt jährlich 21,- EUR zuzüglich Porto, der Preis der Einzelnummer 2,50 EUR zzgl. Porto.

Die DDS erscheint monatlich mit Ausnahme der Monate Januar und August.

**Adressenänderung:** Ummeldungen bitte an die Landesgeschäftsstelle der GEW.

**Redaktions- und Anzeigenschluss:** jeweils am 6. des Vormonates



## Universität im Wettlauf um Exzellenz und Eliten

### Eine Tabubegriff erlangt Normalität: Elite

Im Bemühen, so etwas wie ein »Urvertrauen« in eine demokratische Lebensform zu finden, hat sich die konstituierende Bundesrepublik deutlich von einem Elitedenken distanziert, das sich dünnkelhaft inszeniert. Es waren ja schließlich auch die »Eliten« aus Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur, die das Naziregime gestützt hatten, und die Nationalsozialisten haben sich ja selbst elitär verstanden und das Gegenteil von einer demokratischen Alltagskultur repräsentiert. Im öffentlichen Diskurs der Bundesrepublik war es eher anstößig, ein Elitebekenntnis abzugeben. Ein elitäres Bewusstsein wurde eher in kleinen abgeschotteten Zirkeln gepflegt. Seit den 90er Jahren hat sich das gründlich geändert. Kamen sich die ersten Bekenntnisse zum Elitestatus noch mutig vor, fast wie riskierte Tabubrüche, hat sich inzwischen eine neue Normalität eingestellt.

Die Technische Universität München hat sich dann im neuen Jahrhundert einen pionierhaft gedachten Elitestudienweg zugelegt. Bei einer öffentlichen Diskussion zu diesem Projekt habe ich mich im November 2000 dazu so geäußert:

»Nun ist er mal wieder auf der Tagesordnung, der Elitediskurs. Bei mir löst er ambivalente Gefühle aus. Einerseits winke ich müde ab: Sind nicht alle Argumente gegen einen elitären Zuschnitt des Bildungswesens hundertmal formuliert worden?

- Welche Messlatte soll denn angewandt werden: Wer definiert, was Eliten sind?
- Steht der Begriff nicht immer für einen Diskurs der Einschließung und Ausschließung, der gesellschaftlichen Spaltung und insofern für ein Gesellschaftsmodell der Ungleichheit?
- Der Psychologe sieht ein großes narzisstisches Betätigungsfeld der Selbstzuordnung zu Eliten (am besten noch über den Intelligenzquotienten, der mir die Zugehörig-

keit zur absoluten Geisteselite bestätigt: Wir, die wir zu den 5 % mit dem IQ über 150 gehören!).

- Mit dem Hinweis auf Napola und Ordensburgen lässt sich ein historischer Bezug aufbauen, der zur Vorsicht gemahnt: Eugen Kogon zitiert in seinem »SS-Staat« einen hohen SS-Führer so: »Fünf bis zehn von Hundert der Bevölkerung, ihre beste Auslese, sollen herrschen, der Rest hat zu arbeiten und zu gehorchen. Nur so sind jene Höchstwerte erzielbar, die wir von uns selbst und dem deutschen Volke verlangen müssen.«

Andererseits gibt es vielleicht auch aktuelle Gründe, den Elitebegriff neu zu diskutieren. Ich meine hier weniger das Bekenntnis unseres Bundeskanzlers zum Elitedenken. Da muss sich wohl ein erfolgreicher Aufsteiger den vorhandenen Eliten ein Stück anverwandeln. Er gehört ja nun endgültig auch dazu! Mein Argument zielt vielmehr auf einen Diskurs, dessen Überschrift ich für verfehlt halte, dessen Anliegen aber von großer Bedeutung ist. Unter dem Begriff der »Jungen Eliten« wird darüber nachgedacht, was denn Menschen auszeichnen könnte und sollte, die die erkennbaren Herausforderungen der Zukunft kompetent und tatkräftig anpacken, die Zukunftsfähigkeit zeigen. In diesem Diskurs wird nicht einfach nur »Mut zur Leistung« oder ein »Bekenntnis zur Leistung, heute nennt man das ja eher »excellence«, abgelegt, sondern es wird nach den Fähigkeiten von Menschen gefragt, die wissen, worauf es ankommt, die nicht auf den alten Umlaufbahnen ihre »Fähigkeitsprofile« entwickeln, sondern die quer denken, die gegen den Mainstream in ihrem jeweiligen Fach etwas auf die Beine gestellt haben, die eine Lebensform gewählt haben, die nicht wie eine Festung gegen die Veränderungen der absehbaren Zukunft aufgebaut ist, sondern die auf Neugier, Offenheit, Experimentierfreudigkeit setzt, aber auch sozial innovativ angelegt ist. Diesen Strang des Elitediskurses möchte ich weiter beleuchten und gleichzeitig und endgültig für mich den Elitebegriff verabschieden.

Man könnte ja stattdessen auch von Pionieren, Entdeckern, Experimentatoren sprechen. Sie repräsentieren als Modelle, als Vorbilder einen Weg, der zur Formulierung neuer Bildungsziele führt, die aber für alle Bildungsprozesse grundlegend werden könnten und nicht zum elitären Besitz von wenigen werden.«

Diesen Versuch, den Elitediskurs nicht in Bausch und Bogen zu kritisieren, sondern ihn eher eigenwillig umzudeuten, sehe ich als gescheitert an. Die Kriterien, die zur Vergabe der »Ehrentitel« *Eliteuniversität* oder *Exzellenzcluster* herangezogen werden, haben nichts mehr mit kritischem Denken oder eigenwilliger Kreativität zu tun, sondern eher mit der Zugehörigkeit zu internationalen Zitierkartellen und der voll verinnerlichten Bereitschaft, sich deren »Zunftordnungen« anzupassen. Nicht zuletzt auch die Produktion ökonomisch verwertbaren Wissens in Form von Patenten und Wirtschaftskooperationen sichert Exzellenz.

### Ein Jargon setzt sich durch

Es ist unglaublich, wie schnell dieser Begriff ins Vokabular dieser veränderten Universitätslandschaft Eingang gefunden hat. Mich hat schon vor Jahren der Sportreporter Gerd Rubenbauer genervt, der jede überdurchschnittliche sportliche Leistung als exzellent bezeichnet. Und da bei Weltmeisterschaften oder Olympischen Spielen viele gute Leistungen zu bewundern sind, kam er in einer Reportage kaum mit weniger als zehn Exzellenzattributionen aus. Und jetzt nervt mich diese Zuschreibung bzw. Selbstzuschreibung an meinem Arbeitsplatz. Die gutachterliche Hymne für den ersten Listenplatz einer Berufsliste wird keinesfalls ohne das Attribut exzellent auskommen und selbstverständlich sind all die, die schon da sind, ohne diese Auszeichnung gar nicht denkbar. So kommt es zu einer permanenten kollektiven narzisstischen Selbstüberhöhung.

Und die Nachwuchsförderung hat sich längst auch schon in diesen Jargon eingeklinkt. So hat die Robert-Bosch-Stiftung im Mai 2007 ein Stipendium für junge Wissenschaftlerinnen ausgeschrieben, das »für eine verantwortungsvolle Spitzenposition in Forschung oder dem Wissenschaftsmanagement qualifizieren« soll. Sie wählt dafür einen anspornenden

Titel: »Fast Track: Exzellenz und Führungskompetenz für Wissenschaftlerinnen auf der Überholspur«.

Und da man mit der Verinnerlichung dieser schönen neuen Elitezugehörigkeit gar nicht früh genug anfangen kann, wird die frühe Förderung von Kindern auch schon auf die richtige ideologische Spur gesetzt. Fördersysteme für Kinder schon kurz nach ihrer Geburt werden unter dem Titel »Early Excellence« aufgelegt und gefördert. Wie langweilig klingt dagegen ein Projekt KITZ, das wir gerade in einem Münchener Stadtteil evaluieren (Kindertageszentrum, das Kinder im Alter von 0 bis 6 zusammen mit ihren Eltern unterstützt und sich vor allem an Bevölkerungsgruppen mit vielfältigen sozialen und materiellen Problemen und einem hohen Anteil von MigrantInnen wendet).

Für die Feststellung von Exzellenz gibt es zwei Maßslatten. Neben den eingeworbenen Drittmittelsummen gibt es das »Ranking« über Publikationen, die nach einer ganz eigenen »Währung« taxiert werden.

In einem Treffen mit einem sehr geschätzten Kollegen aus dem Bereich der Theologie spüre ich dessen Empörung, die er sich aus einem Treffen mit der Führungsebene einer Eliteuniversität mitgebracht hat. Dort wurde er mit der knallharten Erwartung konfrontiert, dass die Geisteswissenschaften ein vergleichbares Drittmittelvolumen einwerben sollten wie die Naturwissenschaften. Wie soll das ein Fach bewerkstelligen, das sich mit kirchlicher Jugendarbeit beschäftigt? Diese Frage kann man ja dann stellen und kann darauf auch rational begründbare Antworten geben. Die Empörung entstand eher aus der Botschaft, die als Subtext gesendet wurde: Die Qualität eines Wissenschaftlers wird auf der Waage seiner unternehmerischen Potenz abgewogen.

### Von der »kreativen Intelligenz« ...

Das »unternehmerische Selbst« (Bröckling 2007), der neue kategorische Imperativ des herrschenden marktradikalen Gesellschaftsmodells, ersetzt immer mehr die Figur des kreativen Intellektuellen, der seine gedankliche Unabhängigkeit gerade dadurch erweist, dass er nicht von fremdgesteuerten Geldströmen abhängig ist.

Die demokratisch nicht mehr kontrollierten Verflechtungen zwischen Hochschulen und Wirtschaft breiten sich krakenartig aus. Es werden rund um die Universitäten Firmen gegründet und da damit ja auch ein konstruktiver Beitrag zum Arbeitsmarkt geleistet wird, wird das durchaus positiv gesehen. Mit ihren Patenten machen vor allem Technische Universitäten einträgliche Geschäfte. Die Pharmaindustrie lässt an Universitätskliniken neu entwickelte Präparate testen und die Universitäten verdienen daran. Universitäten verstehen sich zunehmend als Unternehmen. Da, wo früher ein kostenfreies öffentliches Forum für interessante Vorträge zu finden war, werden heute saftige Mieten erhoben, selbst bei stu-

Unsere Uni ist die Beste!

Gewinner im Wettbewerb der besten Hochschulen Deutschlands.

ELITE-UNIVERSITÄT  
KARLSRUHE

Karlsruhe  
UNIVERSITÄT

Foto: imago/Zentrixx

dentischen Projekten. Manager und Unternehmer werden zunehmend die Leitbilder dieser neuen Universität. In den durch die neuen Hochschulgesetze etablierten »Hochschulräten«, die im Vergleich zu den traditionellen Selbstverwaltungsgremien immer einflussreicher werden, sitzen inzwischen die Personen, die sich auch in den Aufsichtsräten der Großkonzerne tummeln.<sup>1</sup> Sie sorgen schon dafür, dass die Universitäten ihre Profile an den »ökonomischen Notwendigkeiten« ausrichten.

### ... zum »unternehmerischen Selbst«

Das »unternehmerische Selbst« beginnt zunehmend die Identitätserzählungen der Universitätsangehörigen zu bestimmen. Ein Kollege aus dem universitären Mittelbau einer medizinischen Fakultät sagte mir kürzlich, er sei 3 Millionen Euro »schwer«. Er meinte die Drittmittel, die er eingeworben hat und die sein »Gewicht« in der neuen universitären Rangskala ausdrücken sollen und ihm das Gefühl vermitteln, dass er »dazugehört«. So ein Zahlenwert löst bei dem, dem er mitgeteilt wird, fast reflexartig die Frage nach dem eigenen Drittmittelaufkommen aus. Als Projektleiter in zwei DFG-finanzierten Sonderforschungsbereichen, die mir annähernd zwei Jahrzehnte die Zugehörigkeit zur »Spitzenforschung« (so werden Sonderforschungsbereiche eingeordnet) gesichert haben, kann ich mich locker in den Kreis der universitären Millionarios einordnen und werde durch monetäre Statusmarkierungen nicht verunsichert. Aber ich kenne diese Reflexe der Selbstwertabsicherung. »Wenn die Eintreibung von Drittmitteln zum Qualitätskriterium einer Wissenschaft wird, wird der zum Versager, der solche Mittel gar nicht benötigt, weil ein Kopf zum Denken genügt«. Und er beobachtet auch noch einen anderen Effekt dieser Bemühungen, den eigenen Drittmittelkapitalstock zu mehren: »Ganz nebenbei produziert der künstlich erzeugte Wettbewerbsdruck eine neue, eigene Literaturgattung: die Antrags-, Projektbeschreibungs-, Selbstdarstellungs- und Bewertungsprosa. Zu dieser gehört nicht nur das gekonnte Jonglieren mit Zahlen und Statistiken, sondern auch die bemerkenswerte Fähigkeit, dem Zeitgeist genau abzulauschen, welche wissenschaftlichen Trends als zukunftsfähig gelten könnten und in welchen Segmenten es sich daher lohnt, jene transdisziplinär vernetzten und international begutachteten Projektanträge zu stellen, die dann bei einer allfälligen Evaluation als die großen Pluspunkte verbucht werden können. Unter diesen Bedingungen wächst natürlich nicht Forschung, wohl aber der organisatorische, bürokratische und poetische Aufwand für diese. Projektanträge erreichen mittlerweile Dimensionen, die dem Vernehmen nach dazu führen, dass manch ein Antragsteller gleich den Antrag als wissenschaftliche Publikation deklariert – was insofern durchaus sinnvoll ist, als ja, wie schon Daniel Defoe wusste, ein Projekt ein »großartiges Unternehmen ist, das zu breit

angelegt ist, als dass aus ihm etwas werden könnte« (Liessmann, 2006, S. 126)

Zunehmend entscheiden die Punktwerte bei den »Rankings« auch über die Berufung auf eine Professur. Da haben Aufsätze in englischsprachigen Journalen, die alle Publikationsangebote einem »Peer-Review«-Verfahren unterziehen, höhere »Impact«-Faktoren als solche, die in einer deutschen Zeitschrift publiziert werden. Bücher in deutscher Sprache zu schreiben und zu publizieren, kann man jungen KollegInnen, die eine akademische Karriere planen, nicht mehr empfehlen. Aufsätze in Sammelbänden braucht man gar nicht mehr anzugeben, denn sie bringen kaum Punkte auf das »Ranking«-Konto. Einzelne WissenschaftlerInnen, ganze Institute oder Departments werden in ihrer »Forschungsstärke« dann nur noch an der Summe der unterschiedlich gewichteten Publikationen gemessen. Quantifizierbare Konten entscheiden so über wissenschaftliche Qualität. Der jeweilige »Kontostand« könnte dann die letzte Entscheidungsinstanz bei Berufungen sein und gelegentlich werden jetzt auch schon Zweifel geäußert, ob man dann auch wirklich zu einer vernünftigen Personalentscheidung kommt. Aber ein Qualitätsurteil darf sich ja nicht mehr auf ein »subjektives« Urteil stützen, sondern bedarf einer quantifizierbaren Legitimationsgrundlage. Folge dieser Entwicklung ist, dass vor allem junge WissenschaftlerInnen ihren ganzen Ehrgeiz in die Platzierung von Aufsätzen in »high-ranked journals« investieren.

Die haben einen so hohen Standardisierungsgrad, dass sich eines wie das andere liest bzw. deshalb auch gar nicht mehr gelesen werden – außer von der unmittelbaren »Konkurrenz«. So ist eine öde Zeitschriftenlandschaft entstanden, die keine Inspiration, Ideen, Kreativität oder auch giftige Essays enthält. Die Einladung zur Mitarbeit an einem spannenden Buchprojekt wird immer häufiger dankend abgelehnt, weil ja dabei auf dem Konto keine nennenswerter Betrag verbucht werden kann.

Damit man sich an Kontenführung auch rechtzeitig gewöhnt, haben auch Studierende ihre Konten, auf denen ihre Leistungspunkte (im Jargon sind das die ECTS<sup>2</sup>) verbucht werden, die in aller Regel durch Klausuren nachgewiesen werden müssen. Die Konten werden zunehmend der zentrale Bezugspunkt für das Studium. Die Frage nach dem spezifischen Interesse an dem Thema einer Lehrveranstaltung gerät deutlich ins Abseits einer Luxusfrage.

Es zählt, was zählt!

### von Prof. Dr. Heiner Keupp

lehrt Sozial- und Gemeindepsychologie  
an der LMU München



Die Vollfassung dieses von uns stark gekürzten Artikels stellen wir ins Internet unter [www.gew-bayern.de](http://www.gew-bayern.de) als pdf-Datei zu dieser Ausgabe der DDS

<sup>2</sup> Ausbuchstabierte heißt das European Credit Transfer System. Es soll den durchschnittlichen Arbeitsaufwand (work load) zum Ausdruck bringen, den ein Studierender zur Erbringung einer definierten Leistung zu investieren hat.

**Literatur:**  
Bröckling, Ulrich: Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform. Frankfurt: Suhrkamp 2007.  
Liessmann, Konrad Paul: Theorie der Unbildung. Die Irrtümer der Wissensgesellschaft. Wien: Paul Zsolnay 2006.

<sup>1</sup> An der Münchner Universität sitzen: Als Vorsitzender Hubert Burda, Dr. Nikolaus von Bomhard (Münchener Rück), Herbert A. Henzler (McKinsey), Albrecht Schmidt (HypoVereinsbank), Wilhelm Simson (E.ON AG). Im Hochschulrat der TU München finden wir Roland Berger und Bernd Pischetsrieder.



Foto: Robert Michel

## Von der Freiheit akademischer Lehre in Zeiten des Terrorismus

»Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.« (Art. 5.3 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland)

Mit der Freiheit der Wissenschaft ist das so eine Sache. Bekanntlich wird Forschung seit einigen Jahren aus dem universitären Budget und der Universität selbst zunehmend ausgegliedert. Einzuwerbende Drittmittel, die der Forschungspolitik des jeweiligen Gebers unterliegen, unbezahlte Selbstausschüttung zum Zwecke wissenschaftlicher Karriere und die wachsende Bedeutung außeruniversitärer Forschung schränken Ressourcenzugang und Themenwahl bereits erheblich ein.

Pünktlich zur dreißigsten Wiederkehr des »deutschen Herbstes« werden WissenschaftlerInnen jedoch wieder daran erinnert, dass Forschung nicht nur finanziellen Bedingungen unterliegt.

Zwei beispielhafte Fälle machten in den letzten Monaten die Runde: Im Mai bekam Fritz Storim, Lehrbeauftragter an der Universität Bremen, Besuch vom Bundeskriminalamt – zu Hause, nachdem überrascht festgestellt wurde, dass Lehrbeauftragte als wissenschaftliche Billigarbeiter in der Regel kein Büro an der Universität besitzen. Unter dem Verdacht zum Weltwirtschaftsgipfel der G8-Staaten in Hei-

ligendamm eine terroristische Vereinigung gegründet zu haben, wurden Textordner und TeilnehmerInnenlisten der letzten Jahre zum Seminar »Neue Technologien, Menschenbild und Ethik vor dem Hintergrund der Liberalisierungs- und Globalisierungsoffensive« abtransportiert.<sup>1</sup> Nicht nur der Attac-nahe Globalisierungskritiker und Lehrbeauftragte Storim war damit zum potentiellen Terroristen erklärt worden, sondern auch die Studierenden, die über die letzten Jahre sein Seminar besuchten. Zur Erinnerung: Attac ist jene Organisation, die einst verschärfte Kontrollen an nationalen Grenzen propagierte, um den steuerflüchtigen Finanzfluss auf ausländische Konten zu verhindern.

### § 129a gegen kritische Wissenschaft

Möglich wurde diese doch erhebliche strafrechtliche Beschuldigung durch den einschlägigen Terrorismus-Paragrafen 129a, der auch dann Wirkung zeigt, wenn konkrete Straftaten in Planung oder Ausführung nicht nachgewiesen werden können. Vladimir Putin, der auf Kritik an der eingeschränkten Meinungs- und Demonstrationsfreiheit in Russland entgegnete, auch Deutschland werde zum G8-

<sup>1</sup> Vgl. Preuß, Florian: Razzia gegen G8-Kritiker. Eine Uni unter Terror-Verdacht. In: bremen4u.de 30.05.2007

Gipfel wohl härter durchgreifen, lag hier schließlich allem Widerspruch zum Trotz richtig.

Seit Juli macht ein ähnlicher Fall Schlagzeilen. Andrej H., Soziologe und Stadtforscher an der Berliner Humboldt-Universität, sah sich dem Vorwurf ausgesetzt, Mitglied der sogenannten »militanten gruppe« zu sein, die mit mehreren Brandanschlägen auf Kraftfahrzeuge politisch zu überzeugen sucht. Die Vorwürfe gegen Andrej H. erwachsen – nach einjähriger Überwachung – aus einer ähnlichen Wortwahl in Recherche und Veröffentlichungen, wie sie auch in Bekennerschreiben der »mg« auftauchen, darunter »Gentrification« und »Prekarisierung«, persönlichem Kontakt zu anderen Verdächtigen und daher wohl geistiger Urheberschaft.<sup>2</sup>

## Internationaler Protest

In zwei Protestbriefen gegen diese Kriminalisierungsversuche haben sich inzwischen internationale und respektable VertreterInnen der Sozialwissenschaften im Allgemeinen und der Stadtforschung im Besonderen zu Wort gemeldet, darunter sind unter vielen anderen Neil Brenner, New York University (»New State Spaces« 2004), Saskia Sassen, Columbia University New York und London School of Economics (»The Global City« 1999), Mike Davis, University of California, Irvine (»Planet of Slums« 2006), John Friedmann, University of California, Los Angeles (»China's Urban Transition« 2005), Herbert Gans, Columbia University New York (»The Urban Villagers« 1965), David Harvey, City University New York (»Social Justice and the City« 1973).<sup>3</sup>

## Wissenschaft braucht Diskussion

Das Problem ist ein grundsätzliches und geht über den etwas provinziell anmutenden Eifer deutscher Terrorismusbekämpfung hinaus. Sind akademisch-sachliche Recherche, Analyse und Reflexion im Zweifelsfall zu kriminalisieren? In der Lehre darf der Boden der Verfassung, so will es Art. 5.3 GG, nicht verlassen werden. Wurde in Andrej H.s Seminar zum Bruch mit dem Grundgesetz aufgerufen? Konkrete Straftaten waren bislang nicht nachzuweisen.

Wissenschaft hat einen grundsätzlich diskursiven Charakter. Analysen müssen wissenschaftliche Standards – wie Quellenverweise und Nachvollziehbarkeit – einhalten (ein Anspruch, den sich Universitäten von ihren Angestellten schriftlich zusichern lassen). Interpretationen, Schlussfolgerungen und mögliche Handlungsansätze müssen hierbei jedoch keineswegs geteilt werden, sondern unterliegen der akademischen Diskussion. Schließlich gilt hier nicht das Richtig und Falsch des Schulunterrichtes.

Wissenschaft verliert diese – im Grundgesetz verankerte – Offenheit und damit die Möglichkeit zur Selbstregula-

tion (denn auch in der Universität gibt es DemokratInnen), wenn Polizei und StaatsanwältInnen die Oberhoheit auch diesseits strafrechtlicher Grenzlinien übernehmen. Der Paragraph 129a dient traditionellerweise als Einfallstor, da ein Verdacht genügen mag, um ein ausgemaltes Schlimmstes zu verhindern. Man muss also nicht unbedingt die Einschätzungen der beiden inkriminierten Dozenten teilen, um ihr Recht zu forschen, zu lehren und Stellung zu beziehen, verteidigen zu wollen. Man muss auch nicht Gewalt als politisches Mittel rechtfertigen. Aber man darf – mit Blick auf die kürzlichen Kämpfe der JournalistInnen um ihren InformantInnenschutz – besorgt sein.

## Welche Fragen darf Wissenschaft stellen?

Sollten Studierende und WissenschaftlerInnen in Zukunft (wieder) bedenken, ob gewählte Referatsthemen der persönlichen Laufbahn schaden können? Sollen wir letztlich ethische Fragen nach Möglichkeiten und Zukunft von Technologie, nach Geschichte und Gegenwart politischer Systeme und Modelle, nach Bedingungen und Auswirkungen von Armut und sozialem Wandel jenen überlassen, die sie gerne zu Bereichen nationaler Sicherheit erklären wollen?

Gerade die Geschichte sozialwissenschaftlicher Stadtforschung vor allem des letzten Jahrhunderts vereint interessanterweise beide Blickwinkel und Forschungstraditionen, die soziologische Erforschung praktisch abgeschlossener Arbeiterviertel in Berlin oder London zu Zwecken der Verwaltung und Kontrolle einerseits, wie die Repräsentation marginaler Lebenswelten und Lebensumstände, etwa in Chicago, Johannesburg oder Kampala, andererseits. Dabei gerieten Stadtforscher der zweiten – qualitativen – Tradition schon hin und wieder unter Verdacht, sich zu sehr um die Lebensumstände der Untersuchten zu sorgen.

Hier ist der historische Grund für das internationale Interesse am Fall Andrej H. zu suchen. Wieder einmal muss gezeigt werden, dass die Erforschung städtischer Armut (und anderer Reizthemen) nicht nur legitim, sondern von sozialwissenschaftlichem, grundsätzlich öffentlichem und schließlich humanistischem Interesse ist.

Öffentlichkeit ist die Funktionsbedingung für diskursive Forschung und Lehre in und außerhalb der Universität, nicht die behördliche Drohkulisse geheimer Aktenführung und strafrechtlicher Verfolgung, Hausdurchsuchungen und Untersuchungshaft. Das muss ein demokratischer Staat schon aushalten, der nicht nur TechnokratInnen ausbilden, sondern Debatte und Reflexionsvermögen als Bildungselemente akzeptieren will.

Was die aktuellen Fälle strafrechtlicher Verfolgung von Lehre und Forschung nach Paragraph 129a anbelangt, bleibt die Hoffnung auf Öffentlichkeit und verfassungstreue Richter.

<sup>2</sup> Vgl. etwa Schindler, Jörg: Neun Worte – ein Terrorverdacht. In: FR-online.de 31.08.2007

<sup>3</sup> <http://erklaerung-zur-verteidigung.de>; <http://einstellung.so36.net/en/openletter> [30.09.07]

**von Dr. Magnus Treiber**

Lektor an der Universität München



# Das Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG)

Am 18. April 2007 ist das »Gesetz zur Änderung arbeitsrechtlicher Vorschriften in der Wissenschaft« in Kraft getreten. Kern des Gesetzes ist in Artikel 1 das »Gesetz über befristete Arbeitsverträge in der Wissenschaft (Wissenschaftszeitvertragsgesetz – WissZeitVG)«. Es regelt die Befristung von Beschäftigungsverhältnissen an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen.

Das neue WissZeitVG schreibt die bereits im Hochschulrahmengesetz (HRG) seit 2002 festgelegte Höchstbefristungsdauer von 12 bzw. 15 Jahren für Qualifikationszeiten fort. Allerdings erhalten forschende Eltern künftig die Möglichkeit, die Laufzeiten ihrer befristeten Verträge während der Promotion und Habilitation/Juniorprofessur um jeweils zwei Jahre pro Kind zu verlängern (»familienpolitische Komponente«).

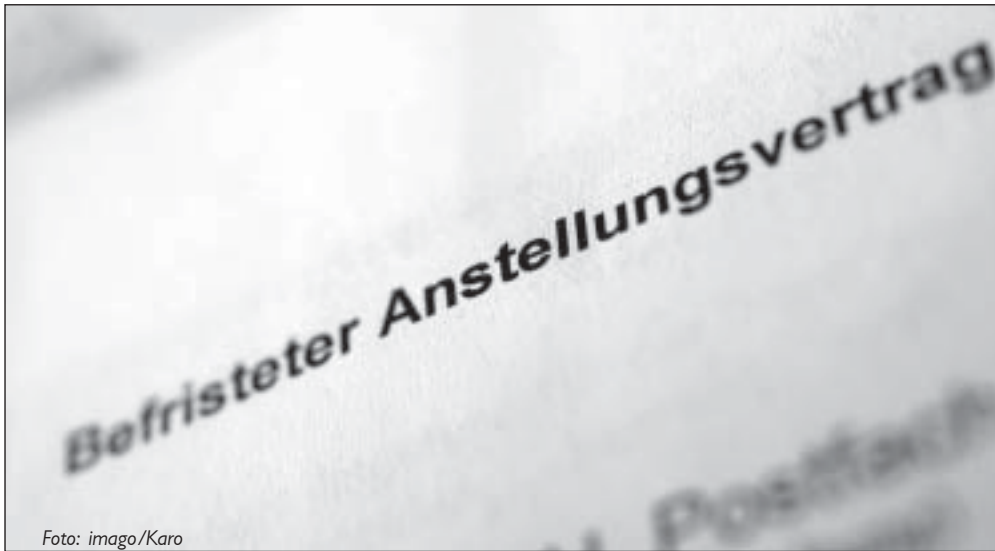


Foto: imago/Karo

Zusätzlich ermöglicht das WissZeitVG den Hochschulen und Forschungseinrichtungen künftig, auch das wissenschaftliche und das sogenannte akzessorische Personal in drittmittelfinanzierten Projekten – wie es in der offiziellen Begründung des Gesetzes geradezu sarkastisch heißt – »rechtssicher und für beide Seiten transparent zu befristen«.

Es geht aber auch anders: Nach § 1 Abs. 2 WissZeitVG kann unbefristet beschäftigt werden.

## Allgemeine Zustimmung

Betroffene Eltern und Initiativen von NachwuchswissenschaftlerInnen begrüßen die Gesetzesinitiative mehrheitlich, und zwar sowohl die sogenannte familienpolitische Komponente als auch die Ausweitung der Befristungsmöglichkeiten, sobald Drittmittel zur Finanzierung einer Stelle vorhanden sind. Das ist verständlich, denn im Einzelfall lässt sich die Verweildauer an der Hochschule oder Forschungseinrichtung so auf gesetzlichem Weg um Jahre verlängern.

Bei den Wissenschaftsarbeitgebern stößt das Gesetz auf

große Zustimmung: Es eröffnet ihnen die grenzenlose Flexibilisierung der Beschäftigung im Bereich der Drittmittelforschung. Mit Auslaufen der Drittmittelförderung können nun ganze Teams schnell und unbürokratisch entlassen werden. Künftig wird nicht nur für WissenschaftlerInnen, sondern auch für ihre KollegInnen in den Sekretariaten und in der Gerätebetreuung der Ablauf der Projektdauer zur Zitterpartie um Anschlussbeschäftigung oder Arbeitslosigkeit.

## Vorteile des WissZeitVG

Für StudentInnen gibt es Verbesserungen: Die im HRG vorgeschriebene vierjährige Höchstbefristungsgrenze für studentische Beschäftigte ist entfallen. Außerdem werden studentische Beschäftigungszeiten vor Abschluss des Studiums, also auch während der Master-Phase, nicht länger auf die Höchstbefristungsdauer der postgradualen Qualifizierungsphase (Promotion) angerechnet.

### Aber:

Die sogenannte familienpolitische Komponente des WissZeitVG sollte nicht überschätzt werden. Es gibt keineswegs einen gesetzlichen Anspruch, den Fristvertrag während der Promotion oder PostDoc-Phase anlässlich der Geburt eines Kindes verlängert zu bekommen, sondern

Eltern wird lediglich eine Vertragsverlängerungsoption »in der insgesamt zulässigen Befristungsdauer« zugesprochen. Sie muss und kann innerhalb der 12- bzw. 15-Jahresfrist auch nur ein Mal gegenüber dem Arbeitgeber durchgesetzt werden. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf müssen die Betroffenen nach wie vor selbst realisieren. Zur Verbesserung der Rahmenbedingungen in Hochschulen und Forschungseinrichtungen trägt das Gesetz nichts bei.

## Nachteile durch das WissZeitVG

Die GEW sieht durchaus Verbesserungen, die das Gesetz Eltern und einzelnen Forschenden eröffnet. Eine gewerkschaftliche Unterstützung kann es jedoch nicht geben, wenn man die negativen Auswirkungen des WissZeitVG in den Blick nimmt. Die GEW hat bereits gegen den Referententwurf verfassungsrechtliche Bedenken und Kritik zu einzelnen Regelungen formuliert und im parlamentarischen Verfahren wiederholt eingebracht. Die elementaren Einwände sind:



1. Die GEW kann die Ausweitung von Befristung nicht akzeptieren. Sie besteht darauf, dass – entsprechend den Grundsätzen des allgemeinen deutschen und europäischen Arbeitsrechts – permanent anfallende Aufgaben von DauerstelleninhaberInnen übernommen werden. Die Befristungsregeln des WissZeitVG gelten für »das wissenschaftliche und künstlerische Personal mit Ausnahme der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer«. Dazu gehören auch die Lehrkräfte für besondere Aufgaben, die bisher grundsätzlich unbefristet angestellt waren. Zukünftig können auch nichtwissenschaftliche und nichtkünstlerische MitarbeiterInnen nach Kassenlage befristet beschäftigt werden. Das WissZeitVG eröffnet keine Karriereperspektive, sondern birgt im Gegenteil das lebenslange Risiko, jederzeit aus dem Wissenschaftsbetrieb herausgedrängt zu werden.
2. Mit dem Gesetz wird eine wachsende Beschäftigtengruppe unterhalb der Professur im Wissenschaftsbetrieb ihrer Arbeitnehmerschutzrechte beraubt. Für befristet Angestellte an Hochschulen und in Forschungseinrichtungen läuft künftig der tarifliche Kündigungsschutz leer, der den Beschäftigten im Tarifgebiet Ost ohnehin nicht gewährt wurde. Aus längerer und ununterbrochener Betriebszugehörigkeit ableitbare tarifliche Ansprüche bei der Eingruppierung und damit bei der Vergütung lassen sich von permanent befristet Beschäftigten nicht mehr erwerben.
3. Bisher gültige Befristungsregelungen nach HRG für das wissenschaftliche und künstlerische Personal wurden mit Bezug auf die im Grundgesetz fixierte Wissenschaftsfreiheit (Art. 5 Abs. 3 GG) begründet. Die Ausweitung der gesetzlichen Befristungsregelungen auf nichtwissenschaftliche und nichtkünstlerische MitarbeiterInnen ist nach Ansicht der GEW mit Verweis auf die Wissenschaftsfreiheit nicht legitimierbar. Hier zeichnet sich eine gerichtliche Auseinandersetzung ab, wenn Betroffene das Bundesverfassungsgericht anrufen.
4. Das WissZeitVG kollidiert mit dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) und seinen wissenschaftsspezifischen Sonderregelungen. Für die befristete Beschäftigung von ÄrztInnen in den Universitätsklinik gibt es seit 1. November 2006 beispielsweise Mindestvertragslaufzeiten, »um das Interesse der Beschäftigten an einer notwendigen Planungssicherheit zu berücksichtigen« (TV-L § 41 Nr. 19 Ziffer 2). Entsprechende Regelungen hat die GEW für den gesamten Wissenschaftsbereich gefordert. Dieses Ziel ließ sich in der zurückliegenden Tarifrunde nicht erreichen. Immerhin hatten sich die Tarifpartner darauf verständigt, mit der Befristung im Wissenschaftsbereich verantwortungsbewusst umzugehen. Die Politik hat inzwischen jedoch den allgemeinen Konsens über die Notwendigkeit eines »Wissenschaftstarifvertrags« aufgekündigt. Das WissZeitVG § 1 Abs. 1 schreibt eine Tarifsperre fort, die seit 1985 im HRG enthalten ist. Arbeitgeber und Gewerkschaften dürfen auch dann nicht vom WissZeitVG abweichen,

wenn sie sich auf eine aus ihrer Sicht sachgerechtere tarifvertragliche Regelung einigen würden. Nach Auffassung der GEW hat der Gesetzgeber damit die verfassungsrechtlich verbrieft Koalitionsfreiheit (Art. 9 Abs. 3 GG) verletzt. Dass die Tarifsperre auch für die Befristungsregelungen für nichtwissenschaftliches und nichtkünstlerisches Personal gilt, wird von den Gewerkschaften in Frage gestellt.

## Perspektiven

Die GEW wird die Anwendung des WissZeitVG kritisch beobachten und Bund und Länder sowie Wissenschaftsorganisationen auf seine negativen Folgen aufmerksam machen. Es ist viel Aufklärungsarbeit zu leisten, im Dialog mit den Betroffenen ebenso wie durch Schulung von Personal- und Betriebsräten.

Das neue Sonderarbeitsrecht für die Wissenschaft wirkt sich auch auf die nächsten Verhandlungsrunden zu den Tarifverträgen des öffentlichen Dienstes für Bund, Kommunen und Länder (TVöD und TVL) aus. Die GEW wird sich dafür einsetzen, dass die vom Gesetzgeber eröffnete Befristungsmöglichkeit tariflich eingeschränkt oder ganz aufgehoben wird.

Im Tarifabschluss für die Länder vom 25. Oktober 2006 findet sich die Selbstverpflichtung der Tarifvertragsparteien, zu prüfen, »ob und inwieweit aufgrund der erhöhten Mobilitätsanforderungen bei wissenschaftlich Beschäftigten eine Überbrückungsleistung im Sinne einer Härtefallregelung gezahlt werden kann, wenn im Anschluss an ein befristetes Arbeitsverhältnis keine zeitnahe Anschlussbeschäftigung erfolgt«. In den anstehenden Verhandlungen zur Entgeltordnung muss also noch mehr Druck gemacht werden, hier zu einer Regelung zu kommen, nachdem die Übergangsgeldzahlung gemäß Bundesangestelltentarifvertrag (BAT/BATO Abschnitt XIII) zum 1. November 2006 weggefallen ist.

Durchsetzungsfähig ist eine Gewerkschaft nur mit einer starken und aktiven Mitgliedschaft – alle sind gefordert, die eigenen Interessen gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen durchzusetzen.

**Die GEW empfiehlt allen Betroffenen, sich über die veränderte Rechtslage zu informieren und neue Arbeitsverträge sorgfältig zu prüfen! Wir bieten unseren Mitgliedern kostenlose Beratung und arbeitsrechtliche Unterstützung an und stehen allen Interessierten als Ansprechpartner zur Verfügung!**

**von Dr. Claudia Kleinwächter**

Referentin im Vorstandsbereich Hochschule und Forschung beim GEW-Hauptvorstand



Der Gesetzestext und die GEW-Stellungnahmen sind verfügbar unter: [http://www.gew.de/Neues\\_Arbeitsrecht\\_in\\_der\\_Wissenschaft.html](http://www.gew.de/Neues_Arbeitsrecht_in_der_Wissenschaft.html)

# Das akademische »Subproletariat«

An jeder Hochschule sowie an den außeruniversitären wissenschaftlichen Einrichtungen arbeiten studentische Beschäftigte. Sie veranstalten Tutorien, arbeiten in Bibliotheken, Rechenzentren und in der Studienberatung, sie kopieren für die ProfessorInnen und helfen bei der Organisation und Durchführung der Lehre. Ohne sie würde der gesamte Wissenschaftsbetrieb stillstehen.

Ein Job an der Uni ist attraktiv. Man hat keinen langen Arbeitsweg, hat die Möglichkeit, erste Einblicke in den Wissenschaftsbetrieb zu erhalten und sich dabei möglicherweise die Existenz zu sichern. Laut der 18. Sozialerhebung des Studentenwerkes arbeiten rund 63 % aller Studierenden während ihres Studium und davon 21 %, also rund 90.000 als studentische Beschäftigte. Bisher sind sie trotz aller Bemühungen von Seiten der bundesweiten Tarifvertragsinitiative (Tarifini) an fast allen Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen von jeglichen tarifvertraglichen Regelungen und damit auch von der Mitbestimmung durch einen Personalrat ausgeschlossen.

## Willkür statt Tarifvertrag

Studentische ArbeitnehmerInnen sind in der Regel der Willkür der ArbeitgeberInnen ausgesetzt. Diese bestimmen die Höhe des Lohnes, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, die Gewährung von Urlaub, die Vertragslaufzeiten und so weiter. Oftmals werden die arbeitsrechtlichen Mindestanforderungen nicht eingehalten bzw. unterschritten. Darüber hinaus besteht eine doppelte Abhängigkeit, denn die ArbeitgeberInnen sind oft auch die PrüferInnen. Dabei hilft den ArbeitgeberInnen eine Richtlinie der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) aus dem Jahre 1992, welche die Arbeitsbedingungen der studentischen Hilfskräfte regelt. Diese Richtlinie legt auch die Vergütungshöchstgrenze von 8,02 Euro an Universitäten West bzw. 90 % davon, also 7,20 Euro, für den Tarifbereich Ost fest. An den Fachhochschulen sieht es noch schlechter aus. Dort dürfen studentische

Beschäftigte für maximal 5,58 Euro (West) bzw. 4,83 Euro (Ost) arbeiten. Diese Höchstgrenze wurde seit 1992 nicht angehoben bzw. im Rahmen des Inflationsausgleiches angepasst. Nach unten gibt es keine Grenze. So hat die Erhöhung der Arbeitszeit für Beschäftigte im öffentlichen Dienst in Hamburg, Bayern, Baden-Württemberg und Niedersachsen im Jahr 2004 gezeigt, dass die studentischen Beschäftigten nur dann eine Veränderung erfahren, wenn es um Lohnkürzungen geht. Die Erhöhung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich wurde sofort auf die Vergütung der studentischen Beschäftigten umgelegt. Es kam zu Lohnkürzungen von bis zu 6 %. Dass das Ende der Fahnenstange noch nicht erreicht ist, zeigt der Versuch an einigen Hochschulen, TutorInnen-tätigkeiten mit Leistungspunkten oder Praktikums-scheinen zu vergüten.



Foto: Robert Michel

## Gerichtsurteile werden ignoriert

Doch studentische Beschäftigung ist nicht gleich studentische Beschäftigung. Laut diverser Landeshochschulgesetze sowie der TdL-Richtlinie sind studentische Hilfskräfte nur jene, die an Hochschulen und in wissenschaftlichen Einrichtungen in Lehre und Forschung arbeiten, also aufgrund ihres Studieninhalts eingestellt werden. Studentische Beschäftigte in Verwaltung und Technik sind normale Angestellte mit Studierendenstatus. Sie fielen laut einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs (1.1.2002) unter den Bundesangestelltentarifvertrag, jetzt TVöD, da sie keiner studienverwandten Tätigkeit nachgingen. Auch vor dem Bundesarbeitsgericht wurde die Klage einer studentischen Hilfskraft gewonnen. Trotz dieser Urteile gibt es bis heute keinerlei Anwendung im Wissenschaftsbereich. Zur Zeit betreut die Tarifini zusammen mit den Gewerkschaften mehrere Klagen und sucht weitere Klagewillige.

Heute werden viele reguläre Stellen durch »billige« studentische Hilfskräfte ersetzt. 70 % aller Stellen für Studierende werden in Verwaltung und Technik vergeben. Die feh-

lende tarifliche Absicherung führt so zu weiterem Lohndumping.

Dass es auch anders geht, zeigt Berlin. Hier gibt es seit 1965 studentische Personalräte und seit 1981 einen eigenen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte.

Bisher hat sich die Tarifini dafür eingesetzt, dass studentische Hilfskräfte eine tarifliche Absicherung über die Einbindung in den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes erhalten. Sie wurden nämlich explizit aus dem Geltungsbereich ausgeschlossen. Nun gibt es Bemühungen, über den Tarifvertrag der Länder (TV-L) Regelungen für studentische Hilfskräfte zu erwirken. Aus Sicht der Tarifini ist nach der Umsetzung der Föderalismusreform eine bundesweite, eigenständige Tariflösung kaum mehr möglich. Es wird darauf hinauslaufen, dass es lokale Lösungen bis hin zu Haustarifverträgen geben wird. In einzelnen Ländern sind lokale Tarifinis vor Ort aktiv, um Verbesserungen zu erreichen. Beispielsweise wurde der Stundenlohn an den Fachhoch-



schulen in NRW auf Universitätsniveau angehoben.

Dass die studentischen Hilfskräfte nicht die einzige Gruppe darstellen, die man als akademisches Prekariat bezeichnen kann, zeigt die Personalpolitik an den Hochschulen. Sparzwang und Studienstrukturreform führten zur Einstellung von 1-Euro-JobberInnen oder zur sich verschlechternden Situation der Lehrbe-

auftragten, deren Arbeit keine Existenzgrundlage bietet. Ohne entsprechenden gemeinsamen Widerstand wird sich allerdings an diesen Verhältnissen nichts ändern.

**von Diana Greim**

Stellvertretende Vorsitzende der GEW Berlin



Mehr Infos und Möglichkeiten des Engagements bei: [www.tarfini.de](http://www.tarfini.de), den genannten Gewerkschaften und dem AK Gewerkschaften

## Aktuelle Trends und alternative Perspektiven der Hochschulentwicklung

Um die Politikansätze der GEW gegenüber den aktuellen Entwicklungen in Hochschule und Forschung aus kompetenter Quelle kennenzulernen und zu diskutieren, hatte die Fachgruppe Hochschule und For-

schung der GEW Bayern Dr. Andreas Keller, den Leiter des Vorstandsbereiches Hochschule und Forschung beim GEW-Hauptvorstand, nach München eingeladen. Er problematisierte z. B., dass den im Hochschulpakt 2020 vorgesehenen 90.000 Plätzen für StudienanfängerInnen laut Prognose eine doppelt so hohe Nachfrage gegenüberstehen wird. Damit setzt sich fort, was die OSZE-Studie jüngst aufgezeigt hat: Deutschland liegt in der Finanzierung von (Hochschul-)Bildung international unter dem Durchschnitt. Die Folge ist ein Fachkräftemangel, der sich nicht nur in den Bereichen Medizin, Ingenieurwissenschaften, Naturwissenschaften und Technik, sondern auch in den Bildungswissenschaften verstärkt.



schung der GEW Bayern Dr. Andreas Keller, den Leiter des Vorstandsbereiches Hochschule und Forschung beim GEW-Hauptvorstand, nach München eingeladen.

Er problematisierte z. B., dass den im Hochschulpakt 2020 vorgesehenen 90.000 Plätzen für StudienanfängerInnen laut Prognose eine doppelt so hohe Nachfrage gegenüberstehen wird. Damit setzt sich fort, was die OSZE-Studie jüngst aufgezeigt hat: Deutschland liegt in der Finanzierung von (Hochschul-)Bildung international unter dem Durchschnitt. Die Folge ist ein Fachkräftemangel, der sich nicht nur in den Bereichen Medizin, Ingenieurwissenschaften, Naturwissenschaften und Technik, sondern auch in den Bildungswissenschaften verstärkt.



Wie sehr die Chancengleichheit beim Studienzugang eingeschränkt ist, verdeutlicht der hohe Anteil der AkademikerInnenkinder (ca. 80 %), dem nur ca. 20 % Kinder aus NichtakademikerInnenfamilien gegenüberstehen. Studiengebühren werden ihr Übriges tun, um diesen Trend zu verstärken. Sie wurden zwar »nur« in sieben Bundesländern eingeführt, aber da dies die Flächen-Bundesländer sind, sind  $\frac{3}{4}$  aller Studierenden in Deutschland davon betroffen. Parallel dazu nimmt

der Anteil der BAföG-EmpfängerInnen ab. Kamen nach Einführung des BAföG 1971 noch fast die Hälfte der Studierenden in den Genuss dieser Förde-

rung, sind es heute nur noch 18 %. Davon erhält nur ein geringer Anteil den Höchstzuschuss. Die GEW fordert ein elternunabhängiges BAföG mit einem festen Grundbeitrag. Wer Hochschule und Forschung als Arbeitsplatz wählt, muss nach wie vor mit unsicheren und prekären Beschäftigungsverhältnissen rechnen. Geringfügig vergütete Lehrbeauftragte können kaum ihren Lebensunterhalt sichern und das seit April 2007 gültige Wissenschaftszeitvertragsgesetz weitet die Möglichkeiten zur Befristung nicht nur für wissenschaftliches, sondern auch für nichtwissenschaftliches Personal aus. Die GEW diskutiert derzeit, mit welchen Maßnahmen sie dieser Entwicklung entgegentreten kann. Zum nächsten Gewerkschaftstag soll u. a. dazu ein umfassendes wissenschaftspolitisches Programm vorgelegt werden. Spätestens dann wird die bayerische Fachgruppe Hochschule und Forschung Andreas Keller wieder einladen, um mit ihm darüber zu diskutieren.

**von Sabine Herzig**



# Wie nur das Studieren finanzieren?

Nun sind sie Realität in Bayern: die Studiengebühren. An den Universitäten kostet das Studium 500 Euro, an den Fachhochschulen 400 bis 500 Euro und an den Kunsthochschulen 300 Euro. Wie zu erwarten war, wurde überwiegend der gesetzliche Rahmen von bis zu 500 Euro ausgeschöpft.

## Kosten!

Weitere Kosten wie Verwaltungsgebühren, Studentenwerksbeitrag und Semesterticket schlagen durchschnittlich nochmals mit 135 Euro zu Buche. Dieser Betrag deckt allerdings nur den Zugang zur Hochschule, nicht die zusätzlichen Kosten für das jeweilige Studium. Diese sind schwer zu beziffern und variieren je nach Hochschule und Studiengang: Materialien, Bücher, Exkursionen, Auslandsstudien/-praktika, zusätzliche Fachveranstaltungen, Büromaterial oder weitere Nutzungsgebühren. Ein durchschnittliches Ausgabenplus von 300 bis 600 Euro dürfte durchaus realistisch sein.

In der letzten Erhebung zur sozialen Lage der Studierenden wurde ein Durchschnittswert für Lernmittel von 210 Euro pro Semester errechnet. In diesem sind aber wesentliche Ausgaben wie solche für Einmalanschaffungen (z. B. für Computer) oder Exkursionen nicht berücksichtigt.

Das ergibt Studienkosten von 200 Euro im Monat, die zusätzlich zu den »normalen« Lebenshaltungskosten aufgebracht werden müssen. Die Sozialerhebung geht für das Jahr 2006 davon aus, dass im Durchschnitt für die ausgewählten Positionen der Lebensführung monatlich 699 Euro ausgegeben werden. Diese Zahl sagt allerdings wenig über die tatsächliche Belastung aus, die von vielerlei Faktoren wie Studienort, Lebenssituation oder Lebensalter abhängt.

## Jobben?

Summa summarum muss eine Normalstudentin in einer bayerischen Universitätsstadt 900 Euro und mehr netto im Monat aufbringen – und das ganz, ohne einem exzessiven Lebensstil zu frönen. Um diesen Betrag zu erarbeiten müsste sie mindestens drei Abende in der Woche als Kellnerin

arbeiten. Bei der Normalstudentin wird jedoch angenommen, dass sie ein Vollzeit-Präsenzstudium ableistet, welches durchschnittlich etwa 35 Stunden in der Woche beansprucht. Die Gesamtstundenbelastung aus Job und Studium, die sich daraus durchschnittlich ergäbe, wäre selbst für junge, dynamische, flexible und engagierte zukünftige Eliten mit guten Leistungen kaum zu schaffen.

So sind die Studierenden zwangsläufig auf zusätzliche, externe Finanzierungsquellen angewiesen. Im wesentlichen sind das die Familie, BAföG, Stipendien oder Kredite.

## BAföG?

Dass das Bildungssystem der BRD und speziell Bayerns hoch selektiv ist, war schon vor dem vernichtenden OECD-Urteil bekannt. Und dass die schiefen sozialen Verhältnisse an den Universitäten Ergebnis dieser Bildungspolitik sind, ist nur logisch. Da wundert es nicht, dass Studierende aus finanziell schlechter gestellten Verhältnissen nur rund 13 % der Studierenden stellen. Das wird auch nicht vom BAföG aufgewogen, dessen Höhe seit Jahren nicht mehr angeglichen wurde, was faktisch seiner Kürzung gleichkommt. Momentan kommen noch 23,2 % der Studierenden in den Genuss dieser staatlichen Förderung, häufen damit aber einen Schuldenberg von bis zu 10.000 Euro an. Von der versprochenen BAföG-Novelle ist bisher nichts zu sehen außer einer beschämenden Diskussion, in der es nurmehr um eine Freibetrags- und Bezugserrhöhung von 3 % geht. Da ist die Forderung der GEW u. a. nach einer Erhöhung um 10 % zwar besser, wenngleich damit eigentlich auch nur ein Inflationsausgleich geschaffen würde. Von einer adäquaten Reform der Studienfinanzierung ist aber auch diese Forderung Lichtjahre entfernt.

## Familie?

Schon heute finanzieren bei 90 % der Studierenden wesentlich die Familien das Studium. Deren Anteil ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen, was mit negativen Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt und der Verdichtung des Studiums zusammenhängen dürfte. Irgendwann lassen sich die Studienkosten



durch Jobben nicht mehr auffangen, ohne das Studium zu gefährden. Doch auch Familien haben Belastungsgrenzen, vor allem die am unteren Ende der Einkommensskala.

## Stipendien?

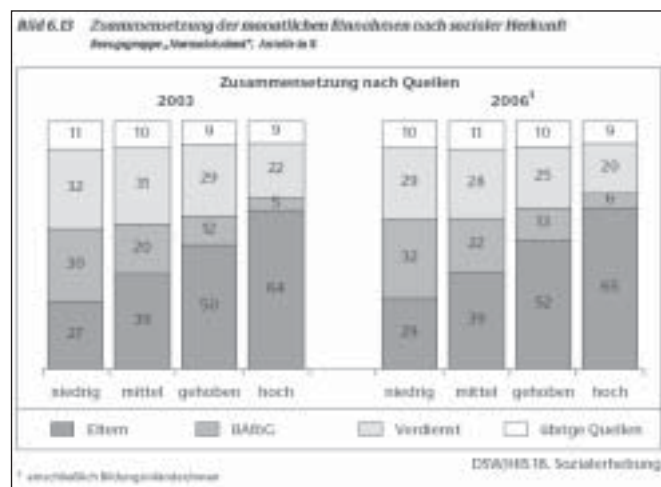
Stipendien als wesentlich bessere Möglichkeit der Studienfinanzierung haben den Haken, dass sie nur für einen kleinen Teil der zwei Millionen Studierenden eine realistische Finanzierungsquelle darstellen. So fördert selbst die Hans-Böckler-Stiftung des DGB, immerhin das zweitgrößte Begabtenförderungswerk dieses Landes, derzeit nur 1600 StipendiatInnen<sup>1</sup>. Größtes Manko dieser Form der Finanzierung ist aber: Auf ein Stipendium gibt es keinen Rechtsanspruch, denn es handelt sich dabei um Mäzenatentum mit eigenen Vergabemodalitäten.

## Kredite?

Bleiben noch die diversen Bildungskredite. Wer also keine reichen Eltern hat, nicht 30 Stunden pro Woche arbeiten kann, zu wenig BAföG und kein Stipendium bekommt, ist auf solche angewiesen. Allein von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) gibt es derzeit das Studienbeitragsdarlehen, den Studienkredit und den Bildungskredit, alle miteinander kombinierbar. Während die Schulden aus BAföG und Studienbeitragsdarlehen noch auf 15.000 Euro gedeckelt sind, gibt es für die beiden anderen nur Beschränkungen in der monatlichen Auszahlungshöhe und der Laufzeit. Beim Studienkredit sind das in der Regel 650 Euro/Monat. Das ergibt bei zehn Semestern ein Gesamtvolumen von 54.600 Euro. Anders als beim BAföG fallen bei den KfW-Krediten Zinsen an, für den o. a. Studienkredit momentan 6,29 % p. a. (Stand 01.10.2007)<sup>2</sup>, bei dessen voller Nutzung also jährlich 3400 Euro, die nach dem Studium zu zahlen wären – zusätzlich zur Tilgung der 54.600 Euro natürlich. Ein wahrhaft »soziales« Programm, das trotz des zu erwartenden Schuldenberges laut KfW mittlerweile von weit über 20.000 Studierenden in Anspruch genommen wird.<sup>3</sup>

Gerade die Studiengebühren haben die übliche Mischfinanzierung vieler Studierenden durcheinandergebracht. Doch nicht nur diese: steigende Kosten für Studium und Lebenshaltung, sinkende Reallöhne und sinkende Realunterstützung sowie eine massive Verdichtung und Verschulung des Studiums und gestiegene Anforderungen an AbsolventInnen wer-

den künftig immer mehr Studierende zu solcher Verschuldung zwingen. Da bleibt nur die Wahl eines rentablen Studienfaches und die Hoffnung, dass sich bessere Jobaussichten für AkademikerInnen auch bewahrheiten.



## Was tun?

Die Propaganda vom Bildungsstandort D und der durch Privatisierung geheilten Bildungswelt ist letzten Endes Beileitmusik für eine Bildungspolitik, hinter der ein bestimmtes Bild vom Menschen, von Bildung und vom Staat steht. Üblicherweise wird das heute als neoliberal bezeichnet. Ob der als »sozialromantisch« diffamierte Gegenentwurf des Bremsens dieses Prozesses und des Forderns von mehr Geld ausreicht, ist allerdings auch fraglich. Zweifelsohne ist das Bildungssystem in der BRD marode und wird den Anforderungen nicht gerecht. Doch welchen Anforderungen? Denen des Marktes, der Nation, des Kapitals, der Lernenden, der Forschenden, der demokratischen Gesellschaft?

Ja, es muss sich etwas ändern und das geht nicht kostenneutral. Eigentlich ganz im Zeitgeist – Stichwort: Akademikermangel – müssen die Hochschulen endlich für alle geöffnet werden. Es müssen dort vernünftige Arbeits- und Lernbedingungen hergestellt werden. Die Inhalte dürfen weder vom Markt noch vom starken Staat diktiert werden. Und nicht zuletzt müssen die Studierenden frei nach ihren Wünschen ein Studium wählen dürfen, auf das sie sich voll konzentrieren können.

## Mindestlohn und soziokulturelle Grundsicherung!

Mindestlohn, auch an Hochschulen, und soziokulturelle Grundsicherung, auch für Studierende, könnten ein Schritt in die richtige Richtung sein. Das setzt jedoch ein generelles politisches Umdenken voraus.

von Michael Bayer

Dipl.-Soz.Päd. und Dipl.-Soziologe



### Literatur:

Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland 2006, 18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks. Herausgeber: Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)

<sup>1</sup> b&W 3/07, S. 34, <http://www.gew-bw.de/HBS-Stipendien.html>

<sup>2</sup> [http://www.kfw-foerderband.de/DE\\_Home/Bildung/Wissenskredite\\_fuer\\_Studenten/KfW\\_Studienkredit/index.jsp](http://www.kfw-foerderband.de/DE_Home/Bildung/Wissenskredite_fuer_Studenten/KfW_Studienkredit/index.jsp)

<sup>3</sup> »Wir sind mit der Nachfrage nach diesem Programm sehr zufrieden [...] Die große Inanspruchnahme unseres Studienkredits zeigt eindeutig, dass viele Studierende eine zusätzliche Eltern- und BAföG-unabhängige Quelle für die Finanzierung ihrer Lebenshaltungskosten benötigen. [...] Die durchschnittliche gewählte monatliche Rate im ersten Jahr lag bei 480 Euro. [...] Rund 60 Prozent der Studierenden befanden sich in den ersten vier Semestern ihres Studiums. [...] Ausschlaggebend für die Einführung war, dass sowohl die Studienanfänger- als auch die Absolventenquote in Deutschland im Vergleich zu anderen OECD-Ländern unterdurchschnittlich ist. Hinzu kommt, dass die soziale Differenzierung in Deutschland sehr stark ist. So sind Studierende aus bildungsferneren oder einkommenschwächeren Haushalten an deutschen Hochschulen immer noch unterrepräsentiert.« Pressemitteilung der KfW vom 2. Mai 2007

# Die GEW-Projektgruppe DoktorandInnen (PG Dok)

Die Überzeugung, dass die Promotionsphase in Deutschland einer Verbesserung bedarf, Interesse an Hochschulpolitik sowie eine Orientierung an gewerkschaftlichen Positionen als Mitglieder der GEW – das sind die Gemeinsamkeiten der Mitglieder der GEW-Projektgruppe DoktorandInnen (kurz PG Dok).

Begründet auf der Erfahrung, dass im Zuge der Reformen des deutschen Hochschulsystems oft über Doktorandinnen und Doktoranden gesprochen wird, aber selten mit den Betroffenen selbst, konstituierte sich Ende 2002 diese bundesweite Projektgruppe. Die Projektgruppe, das sind Promovierende und Promovierte aus unterschiedlichen Fächern und Disziplinen, trifft sich ungefähr alle sechs Wochen, meist in Berlin, da die Mehrheit der Aktiven dort wohnt. Zudem trifft sich die Gruppe auch zwei- bis viermal jährlich auf teilweise von ihr mitgestalteten Tagungen und Wochenendseminaren. Dort haben alle Interessierten die Gelegenheit, mitzudiskutieren oder einen Einstieg für eine aktive Mitarbeit bei der Gruppe zu finden.

Ihre Promotion finanzieren die Mitglieder auf unterschiedliche Weise: Einige haben ein Stipendium, andere sind als wissenschaftliche MitarbeiterInnen (meist in Teilzeit) angestellt und/oder promovieren berufsbegleitend.

Im Frühjahr 2004 hat die Projektgruppe unter dem Titel »Promovieren mit Perspektive«<sup>1</sup> personengruppenspezifische Thesen und Forderungen für eine Reform der Promotionsphase vorgelegt. Dazu gehören u. a.:

- Die Promotion ist nicht die dritte Phase des Studiums, sondern die erste Phase der wissenschaftlichen Arbeit.
- Fach- und themenbezogene Promotions- bzw. Graduiertenkollegs sowie die diversen Graduiertenzentren sollen flächendeckend eingeführt werden.
- Promovierende sind der Gruppe der wissenschaftlichen MitarbeiterInnen zuzuordnen und sollen als solche über volle Mitbestimmungsrechte in den universitären Gremien verfügen. Promovierende sind keine Studierenden mehr. Sie leisten selbständige wissenschaftliche Forschung.
- Frauen sollen gleiche Karrierechancen haben wie Männer. Gerade hochdotierte und einflussreiche Positionen werden stark von Männern dominiert. Der Anteil von Frauen und Männern, die promovieren, soll deswegen in allen Fachrichtungen dem jeweiligen Anteil an den Studienabschlüssen entsprechen.
- Stellen statt Stipendien. Die Promovierenden leisten mit der Promotion eine wissenschaftliche Arbeit, die angemessen bezahlt werden muss. Promovierende müssen für die Phase der Promotion finanziell abgesichert sein und auch die Möglichkeit haben, als Beitragszahlende den Anspruch auf Sozialversicherungsleistungen zu erwerben, was bei einem Stipendium nicht der Fall ist.

Auf der Grundlage dieser Forderungen entwickelt die PG Dok Positionen zu verschiedenen Reformen im

Hochschulbereich, verfasst Stellungnahmen und organisiert Seminare und Tagungen. Mehrere Studien und v. a. das »GEW-Handbuch Promovieren mit Perspektive«<sup>2</sup> sind aus der (ehrenamtlichen) Arbeit der Projektgruppe entstanden.

2006 und 2007 war u. a. ein Projekt der Gruppe die Entwicklung eines Konzepts von Graduiertenzentren<sup>3</sup>. In diesem Konzept gilt es, das traditionelle Zweier-Verhältnis zwischen DoktorandIn und Doktorvater bzw. -mutter zu Gunsten einer strukturierten, transparenteren und betreuungsverbesserten Promotionsphase zu ersetzen.

Ein weiteres großes Thema war die Einflussnahme auf die Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder mit Ziel verbesserter Forschungsbedingungen für alle DoktorandInnen. Dazu wird auch im November die Tagung »Making Excellence« in Wittenberg stattfinden<sup>4</sup>, die das Institut für Hochschulforschung in Kooperation mit der GEW ausrichtet und zu der Interessierte herzlich eingeladen sind. Zudem standen bzw. stehen immer noch das Mitwirken am Bologna-Prozess und die Teilnahme an europaweiten Konferenzen, die kontinuierliche Auseinandersetzung mit den zukünftigen Entwicklungen im deutschen und im europäischen Hochschulraum, die Begleitung der Förderalismusdiskussion sowie die Durchführung von Seminaren und Veranstaltungen mit hochschulpolitischem Schwerpunkt, die u. a. darauf abzielen, die Mitbestimmung von DoktorandInnen an den Hochschulen oder Forschungseinrichtungen zu befördern, auf der Agenda der Projektgruppe.

Bislang lag der Schwerpunkt der Arbeit auf der Promotionsphase selbst, deshalb hat die Projektgruppe beschlossen, sich in Zukunft intensiver mit den Phasen vor und nach der »eigentlichen« Promotion zu beschäftigen.

Interessierte sind herzlich eingeladen, an einem der Seminare bzw. an einer der Sitzungen teilzunehmen. Weitere Informationen gibt es unter:

<http://www.gew.de/DoktorandInnen.html> bzw.

[http://www.gew.de/PG\\_DoktorandInnen.html](http://www.gew.de/PG_DoktorandInnen.html)

Dort besteht auch die Möglichkeit, mit der Projektgruppe in Kontakt zu treten sowie sich auf eine Mailingliste einzutragen, auf der regelmäßig über die Aktivitäten der Gruppe informiert wird. Dies ist auch direkt bei der Autorin unter [Astrid.Backmann@gmx.de](mailto:Astrid.Backmann@gmx.de) möglich.

**von Astrid Backmann**

*Soziologin  
promoviert zur Frage, wie sich  
prekäre Beschäftigungsverhältnisse  
auf regionale Entwicklung auswirken*



<sup>1</sup> Die Broschüre »Promovieren mit Perspektive« ist erhältlich unter <http://www.gew.de/Binaries/Binary11298/doktoranden.pdf>

<sup>2</sup> Koepernik, Claudia; Moes, Johannes; Tiefel, Sandra (Hrsg.) (2006): GEW-Handbuch Promovieren mit Perspektive – Ein Ratgeber von und für DoktorandInnen, Bielefeld.

<sup>3</sup> Das Projektgruppenkonzept zu Graduiertenzentren unter dem Titel »Baustelle Promotion – Ein Haus braucht ein Dach« ist unter: <http://promovieren.gew.de/Binaries/Binary27627/Dok-HuF-2007-17+Graduiertenzentren.pdf> erhältlich.

<sup>4</sup> Weiter Infos unter <http://www.hof.uni-halle.de/index,id,2.html>

# GEW-Hochschulgruppe Augsburg bringt Stein ins Rollen

In Bayern sind allgemeine Studiengebühren beschlossene Sache. Dies bedeutet nicht nur einen tiefen Griff in den Geldbeutel der Studierenden bzw. deren Eltern oder ein Verschuldungsrisiko, sondern stellt einen massiven Angriff auf ein gleiches Anrecht auf Bildung und persönliche Entfaltung dar. Doch Gesetze sind ja nicht in Stein gemeißelt.

Auf Initiative der GEW-Hochschulgruppe gelang es in Augsburg im Rahmen der Filmvorführung »Kick it like Frankreich – der Aufstand der Studenten«, die verbliebenen kritischen Studierenden zusammenzubringen und daraus ein Aktionsbündnis zu schmieden.

An der Universität Augsburg stand das vergangene Sommersemester unter dem Zeichen starker Proteste gegen die beschlossenen und nun eingeführten allgemeinen Studiengebühren. Seit der ersten Semesterwoche machen Transparente den Unmut der Studierenden deutlich und fordern ein Recht auf freie Bildung ein. Auf der Vollversammlung in der zweiten Semesterwoche wurde der Boykott der Studiengebühren zum Wintersemester beschlossen. Die Studentinnen und Studenten wurden stattdessen aufgefordert, die 500 Euro auf ein Treuhandkonto zu überweisen. Mitte Juni wurde die Universität für einen Tag bestreikt. StreikbrecherInnen, die sich dem Beschluss der Vollversammlung widersetzen wollten, sahen sich mit verriegelten Türen und Barrikaden konfrontiert. Am Nachmittag des 13. Juni demonstrierten rund 2000 Studierende lautstark gegen Bildungs- und Sozialabbau in der Augsburger Innenstadt. Auch die Eröffnung eines neuen Gebäudes auf dem Gelände der Fachhochschule und der Tag der Universität waren von studentischen Protesten begleitet. Mit dem Camp für freie Bildung auf dem Campusgelände wollte das Aktionsbündnis CONTRA ein ereignisreiches Semester beenden und lud nochmals alle Studierenden zu Diskussion sowie Rück- und Ausblick ein.



Fotos: Svenja Mohn



Auch wenn der Versuch, die Studiengebühren zum Wintersemester zu boykottieren, am selbst gesetzten Quorum von 2000 Studierenden gescheitert ist, so zeigt die Zahl von 400 Boykotteurinnen und Boykotteuren, aber auch die von 800 Teilnehmerinnen und Teilnehmern an der studentischen Vollversammlung im April und die 2000 auf der Demonstration für freie Bildung im Juni, dass die politische Entscheidung zur Einführung allgemeiner Studiengebühren nicht widerspruchsfrei hingenommen wird. Das Aktionsbündnis CONTRA sieht seinen Protest deshalb trotz Nichterreichen des Boykott-Quorums nicht als erledigt

an, sondern fordert die Leitung der Universität Augsburg nachdrücklich dazu auf, den ihr zur Verfügung stehenden Handlungsspielraum auszuschöpfen und die Studiengebühren auf 300 Euro herabzusetzen. Des Weiteren wird von der Universitätsleitung gefordert, sich im Rahmen der bayerischen Hochschulkonferenz Universität Bayern e.V. und gegenüber der bayerischen Landesregierung für eine unbedingte Rücknahme der Gebühren einzusetzen. Die für Bildung notwendigen Gelder sind aus öffentlichen Mitteln zu tragen und nicht durch individuelle Beiträge der Studierenden. Auch im kommenden Semester wird das Aktionsbündnis für freie Bildung CONTRA der Leitung der Universität Augsburg und der bayerischen Landesregierung durch vielfältige Aktionen zu verstehen geben, dass die Pläne zur Umstrukturierung der Hochschulen, von denen Studiengebühren nur einen Teil darstellen, absolut inakzeptabel und deshalb zurückzunehmen sind.

Für Solidarität und freie Bildung!

von Tobias Hartmann

# Ringvorlesung der GEW-Hochschulgruppe an der Hochschule Coburg

Seit 2004 gibt es an der Hochschule Coburg die GEW-Hochschulgruppe. Wir sind zurzeit ausschließlich StudentInnen der Sozialen Arbeit und legen unsere Schwerpunkte daher in diesen Bereich. In diesem Rahmen haben wir im vergangenen Semester eine Ringvorlesung, unterstützt durch die GEW Coburg, veranstaltet.

Bei der Auswahl der Themen orientierten wir uns an den Vorschlägen und Wünschen der Coburger Studierenden.

USA: Ausbildung, Berufliche Organisationen und Arbeitsgebiete«. Frau Dr. Reichert wurde von einer Gruppe Studierender aus den USA begleitet, was einen direkten Austausch mit den TeilnehmerInnen ermöglichte und in lebhaftem Diskussions über Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den jeweiligen Sozialsystemen mündete.

Die abschließende Vorlesung von Prof. Dr. Werner Reiners-Kröncke, Vizepräsident der Hochschule Coburg, trug den



Die Fotos zeigen die Vorlesung von Prof. Dr. Titus Simon zum Thema »Soziale Arbeit mit rechten Jugendcliquen – Optionen und Grenzen«



Darin liegt sicher mit ein Grund, dass die Vorlesungsreihe so gut angenommen wurde.

In der ersten von den vier stattgefundenen Vorlesungen zeigte die Dozentin Dr. Alexandra Engel von der HAWK Hildesheim/Holzminden/Göttingen unter dem Titel »Ein Hochgenuss so zu arbeiten, aber das kann nicht jeder machen« – Berufliche Selbstständigkeit in der Sozialen Arbeit« anhand von Beispielen auf, welche Chancen und Möglichkeiten für eine berufliche Selbstständigkeit im Bereich der Sozialen Arbeit bestehen und welche Voraussetzungen diese begünstigen, aber auch welche Risiken bestehen.

Prof. Dr. Titus Simon von der Hochschule Magdeburg beschäftigte sich mit dem Thema »Soziale Arbeit mit rechten Jugendcliquen – Optionen und Grenzen«. Die Vorlesung fand besonders starken internen aber auch externen Anklang, u. a. besuchten die Jugendkontaktbeamten der Polizeiinspektion Coburg, eine Realschulklasse in Begleitung ihrer Lehrkraft wie auch SozialpädagogInnen aus der Region die Veranstaltung. Prof. Dr. Titus Simon gab einen Einblick in die Strukturen der Rechten und wie diese mittlerweile aktiv Jugendarbeit leisten. Es wurde angeregt diskutiert, wie beispielsweise mit rechtsradikalen Jugendlichen in einem Jugendzentrum umgegangen werden soll, inwieweit Soziale Arbeit mit dieser Klientel möglich ist und wo die Grenzen des zu Leistenden liegen.

Dr. Elisabeth Reichert von der Southern University Illinois (Carbondale) referierte zur Frage »Soziale Arbeit in den



Titel »Burnout in der Sozialen Arbeit. Formen – Ursachen – Hilfen«. In den letzten Jahren hat das Phänomen des Burnouts erheblich zugenommen und tritt besonders häufig bei disponierten Berufsgruppen auf.

Im Mittelpunkt des Vortrags stand, wie der/die Einzelne das Burnout-Syndrom erkennen und mit ihm umgehen kann, welche Faktoren positiven oder negativen Einfluss haben und wie andere (Familie, Freunde, ArbeitskollegInnen, etc.) den/die Betroffene/n unterstützen können.

Wir als GEW-Hochschulgruppe waren sehr zufrieden mit dieser Veranstaltung und erhielten viele positive Rückmeldungen von unseren KommilitonInnen, auch weil diese Themenbereiche in unserem Studium teilweise nur unzureichend aufgegriffen werden. Von Seiten der Fakultät Soziale Arbeit und Gesundheit wurde die Ringvorlesung als »sehr begrüßenswert« gesehen. Daher wurde uns in Aussicht gestellt, im Wintersemester 2007/2008 ein freies Zeitfenster im Studienplan zur Weiterführung der Ringvorlesung, zu erhalten.

**von Barbara Blechschmitt und Gordon Hertel**  
StudentInnen der Sozialen Arbeit, GEW-Hochschulgruppe Coburg  
kontakt@gew-hochschulgruppe.de

Weitere Informationen zu den ReferentInnen:

Dr. Alexandra Engel  
[http://www.hawk-hhg.de/hawk/fk\\_sociale\\_arbeit/121409.php](http://www.hawk-hhg.de/hawk/fk_sociale_arbeit/121409.php)  
Prof. Dr. Titus Simon  
<http://www.sgw.hs-magdeburg.de/mitarbeiter/simon.html>  
Dr. Elisabeth Reichert  
<http://www.siu.edu/~socwork/ElisabethReichert.htm>  
Prof. Dr. Werner Reiners-Kröncke  
<http://www.fh-coburg.de/reiners-.3.html>



# Ein vielgliedriges Schulsystem schadet allen

## Zweiter Kongress der Initiative »Eine Schule für alle«

Die Initiative »Eine Schule für alle« – GEW-Landesverband Bayern, Bayerischer Elternverband, LandesschülerInnenvertretung und Freinet-Initiative Bayern – hatte zum zweiten Kongress des Bündnisses nach Unterhaching bei München eingeladen. Kein neues Thema und auch die Argumente, die für langes gemeinsames Lernen sprechen, sind bekannt. Und dennoch, Veranstaltungen wie dieser – darin sind sich die OrganisatorInnen einig – bedarf es dringend, um zu mobilisieren und zu überzeugen.

### Schulangst verhindert Lernen

Eingangs stellte Gele Neubäcker Befunde einer neuen Studie des Verbandes der Landesbausparkassen vor. Diese bestätigen, dass die Schule maßgeblichen Einfluss auf die emotionale Befindlichkeit von Kindern hat: Im ersten bundesweiten »Kinderbarometer« (9- bis 14-Jährige) gaben 30 % der Befragten an, dass sie sich in der Schule unwohl fühlten und Schulangst hätten. Zurückzuführen sei dies vor allem auf den enormen Leistungsdruck. In Bayern beträgt dieser Anteil sogar fast 40 %. So alarmierend die Zahlen sind, so wenig können sie überraschen, denn die bildungspolitischen, sozialen und gesundheitlichen Folgen des selektiven Schulsystems sind hinlänglich bekannt.

### Schule neu denken!

Professor Georg Auernheimer gab einen Ausblick auf das, was »wir zu denken wagen sollten«: Wenn heute sogar schon Unternehmerverbände anmahnen, dass die Realität die (Bildungs-)Politik bereits überholt hat, und Benachteiligungen durch das gegliederte Schulsystem problematisieren, besteht Handlungsbedarf. Professor Auernheimer: »Die gemeinsame Schule zwingt geradezu zu individueller Förderung und Lerndiagnostik. Mehr noch: Diese Schule wird Probleme zwischen LehrerInnen und SchülerInnen und zwischen der Schule und den Eltern entschärfen.«

Reformstrategien müssen bereits in Kindertagesstätten ansetzen und eng mit der Grundschule verzahnt werden. Dazu bedarf es u. a. auch entsprechender Qualifikationen der ErzieherInnen. Um auch bildungsfernen Schichten notwendige Lebenskompetenzen durch (Schul-)Bildung zu vermitteln, muss die Selektivität zugunsten von Integration aufgegeben werden. Das bestehende System bringt PädagogInnen immer wieder moralisch in Bedrängnis, weil die Möglichkeit der »Abschulung« besteht und diese oft als einzige mögliche Problemlösung gesehen wird.

Neben einer verbesserten Vorschulbildung und Gemeinschaftsschulen ist die Vereinbarung von Bildungsstandards erfolgversprechend. Dabei geht es um die Festlegung von Mindestanforderungen, die regeln, was SchülerInnen beispielsweise am Ende des 4. Schuljahres können sollten. Schafft es eine Bildungseinrichtung nicht, diese Standards

zu erfüllen, d. h. erreichen die SchülerInnen die Ziele nicht, muss nach den Gründen dafür gesucht werden. Das wiederum setzt u. a. die Schaffung von wirksamen Instrumenten zur pädagogischen Diagnostik und zur individuellen Förderung voraus.

Was sollten also die TeilnehmerInnen des Kongresses und maßgebliche Bildungspolitikern zu denken wagen? Frühe Vorschulziehung in Kooperation von Kindertagesstätte und Grundschule, zehn Jahre gemeinsames Lernen in einer Schule für alle, daran anschließend eine zweigliedrige Oberstufe mit der Möglichkeit, die Hochschulreife zu erwerben.

### Bewegung in Baden-Württemberg

Wie kann der Weg zu »Einer Schule für alle« erfolgreich sein? Antwort: Netzwerkbildung. Wie wirkungsvoll solche Netzwerke sind, stellten Fritz Erb und Bernd Dieng dar. Beide gehören zu den InitiatorInnen bzw. TrägerInnen eines Offenen Briefes der oberschwäbischen SchulleiterInnen in Baden-Württemberg. Empfänger: Kultusminister Helmut Rau (CDU). Die »Rebellen«, wie die Unterzeichner seither genannt werden, hatten in einem mehrseitigen Schreiben Fragen zum aktuellen Befund des Schulsystems gestellt. Auslöser dafür war das vom Kultusminister angekündigte »Fitnessprogramm für Hauptschulen«. Dabei war man selbstverständlich davon ausgegangen, dass das Lehrpersonal Schuld an der Misere tragen würde. Die Reaktionen auf den offenen Brief hatten alle Beteiligten überrascht und gezeigt, dass akuter Handlungsbedarf besteht.

Inzwischen haben etwa 350 SchulleiterInnen den Brief unterzeichnet, täglich gehen Solidaritätsbekundungen ein und das Netz derer, die eine gemeinsame Schule fordern, wächst. Bernd Dieng: »Eine erste Gemeinschaftsschule wurde jetzt auf der Insel Fehmarn eingerichtet. Es bewegt sich also etwas in der Bildungslandschaft – zumindest im Norden der Republik.«

### Visionen entwickeln

Eine neue Schulstruktur allein führt nicht zum Ziel der »guten Schule«, aber sie ist eine unabdingbare Voraussetzung dafür. Darüber waren sich alle TeilnehmerInnen einig. In Arbeitsgruppen wurden einige weitere Aspekte diskutiert: Die Ausbildung der LehrerInnen wird sich verändern müssen, Noten sollen weitgehend durch ein System individueller Leistungsrückmeldungen ersetzt werden, Eltern und Schule können »auf Augenhöhe« kooperieren, wenn der Auslesedruck entfällt.

**von Gele Neubäcker und Marko Junghänel**

Die Homepage der Initiative für eine gemeinsame Schule in Baden-Württemberg findet man unter:

<http://www.laenger-gemeinsam-lernen-bw.de/>

# Soziale Arbeit ist mehr wert!

Fotoimpressionen von der Demo am 29.9. in Nürnberg



Mit 1500 TeilnehmerInnen hatten ver.di und GEW an diesem Samstag in Nürnberg gerechnet. Aber über 2000 waren aus den bayerischen Sozialeinrichtungen gekommen, um gegen die immer schlechteren Arbeitsbedingungen, die Verlängerung der Arbeitszeit und die Lohndrückerei zu demonstrieren, mit denen die Wohlfahrtsverbände versuchen, die Mittelkürzungen im Sozialen Bereich auf

Kosten ihrer MitarbeiterInnen aufzufangen. Bund und laut zog der Demonstrationzug durch die Nürnberger Innenstadt, erregte bei den PassantInnen viel Aufmerksamkeit und erhielt auch Zustimmung. Dominik Schirmer, Fachbereichsleiter bei ver.di, Bärbel Kalb, MAV-



Sprecherin und Wolfgang Nördlinger, GEW, machten auf der Abschlusskundgebung deutlich, dass die Wohlfahrtsverbände als Arbeitgeber sich nicht nur aus der sozialen Verantwortung gegenüber ihren MitarbeiterInnen verabschieden, sondern auch ins eigene

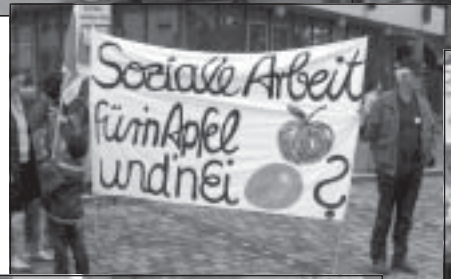
Fleisch schneiden, da bei sinkenden Kosten auch die Pflegesätze weiter abgesenkt werden.



äußerordentlich erfreulich war, wie viele Kolleginnen und Kollegen der GEW aus ganz Bayern sich an dieser Demonstration beteiligt haben. Auf dieser Seite hat leider nur ein kleiner Teil von ihnen Platz, stellvertretend für alle anderen Aktiven.



Viele Kolleginnen und Kollegen prangerten das Verhalten der Träger an, bei denen sie beschäftigt sind. Vor allem Diakonie und AWO mussten sich viel Kritik gefallen lassen.



# Nachforderung von Reisekosten

## für Klassenfahrten, Schullandheimaufenthalte und dergleichen

von Hans Schuster

Justiziar der GEW Bayern



In der Oktober-DDS 2007 wurde auf Seite 2 darauf hingewiesen, dass der Bayerische Verwaltungsgerichtshof mit Urteil vom 02. August 2007 entschieden hat, dass für beamtete Lehrkräfte, die an einer Schüler- oder Klassenfahrt teilnehmen, die dafür entstandenen tatsächlichen Aufwendungen nach dem Bayerischen Reisekostengesetz zu erstatten sind. Dies gilt auch, wenn sog. „Verzichtserklärungen“ abgegeben worden sind. Diese können dem Anspruch auf Ersatz der Auslagen nicht entgegengehalten werden, da dies gegen die Fürsorgepflicht des Dienstherrn verstoße, so der Bayerische Verwaltungsgerichtshof in seinem Urteil vom 02. August 2007, Aktenzeichen 14 B 04.3576. Das Urteil ist über <http://www.vgh.bayern.de/bayvgh/20070920.htm> abrufbar.

Die Ansprüche auf die Teile der Reisekosten, auf die verzichtet worden ist, können auch für die Vergangenheit geltend gemacht werden, soweit sie nicht verjährt sind.

Für alle besoldungsrechtlichen Ansprüche gilt die dreijährige Regelverjährungsfrist gemäß § 195 BGB. Sie beginnt

mit dem Ende des Jahres, in dem der Anspruch entstanden ist und der Beamte von dem begründeten Anspruch Kenntnis erlangt oder ohne grobe Fahrlässigkeit erlangen müsste (§ 199 Abs. 1 BGB).

Demnach können rückwirkend alle diesbezüglichen Ansprüche, die im Jahr 2004 und danach entstanden sind, geltend gemacht werden. Für Ansprüche aus 2004 ist Eile geboten, da diese am 31. Dezember 2007 verjähren. Zur Hemmung der Verjährung reicht allerdings die einfache schriftliche Geltendmachung nicht aus. Vielmehr ist es im Regelfall erforderlich, Klage beim Verwaltungsgericht einzureichen. Allerdings kann davon abgesehen werden, wenn der Dienstherr auf die Einrede der Verjährung verzichtet. Nachfolgend ein diesbezüglicher Musterantrag:

Obwohl die Entscheidung noch nicht rechtskräftig ist, weil die Beschwerdefrist gegen die Nichtzulassung der Revision noch nicht abgelaufen ist, sollte zumindest für den Zeitraum des Jahres 2004 wegen des drohenden Ablaufs der Verjährungsfrist die Nachzahlung verlangt werden.

### **Musterantrag:**

Absender

Adressat ist die Stelle, an die der bisherige Reisekostenantrag gestellt wurde.

Betreff: Reisekosten

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hat mit Urteil vom 02. August 2007 - 14 B 04.3576 - entschieden, dass der Verzicht auf Reisekostenerstattung von Lehrkräften für Klassenfahrten, Schullandheimaufenthalten und dergleichen unwirksam ist. Dem Dienstherrn ist es unter dem Gesichtspunkt der unzulässigen Rechtsausübung grundsätzlich verwehrt, dem Anspruch der Lehrkraft auf Erstattung der tatsächlichen Auslagen nach Maßgabe des Bayerischen Reisekostengesetzes für die Durchführung einer Schüler- oder Klassenfahrt eine von der Lehrkraft abgegebene Verzichtserklärung bezüglich der Reisekostenvergütung entgegenzuhalten.

Ich habe seit Januar 2004 nachfolgend aufgeführte Fahrten durchgeführt. Dabei sind mir jeweils Reisekosten in der dort bezeichneten Höhe angefallen. Davon wurde mir jeweils der genannte Betrag erstattet. Die sich daraus ergebenden Differenzbeträge mache ich hiermit geltend.

Aufstellung mit Anlass, Zeit und Ort der Fahrten sowie der entstandenen und bisher erstatteten Kosten  
Der Nachforderungsbetrag beläuft sich somit insgesamt auf ..... Euro.

Darüber hinaus beantrage ich, auf die Einrede der Verjährung zu verzichten und mir unverzüglich eine diesbezügliche Erklärung zukommen zu lassen. Anderenfalls sehe ich mich gezwungen, zur Hemmung der Verjährung für die Ansprüche aus dem Jahr 2004 Klage beim Verwaltungsgericht einzureichen.

Sollte gegen die Entscheidung des BayVGH Nichtzulassungsbeschwerde eingelegt werden, beantrage ich, eine ablehnende Entscheidung über die Nachzahlung bis zum Vorliegen einer höchstgerichtlichen Entscheidung hinauszuschieben.

Ich bitte, mir den Eingang dieses Schreibens zu bestätigen.

Mit freundlichen Grüßen

Gegebenenfalls Anlagen

### **Miserable Einkommen und doppelt hohe Sozialabgaben**

Was prekäre Arbeitsverhältnisse sind, wissen die (schein-)selbstständigen Lehrkräfte in der Weiterbildung, Volkshochschulen, private Sprachschulen, Unternehmen in der beruflichen Weiterbildung: Sie alle profitieren von der Tagelöhnerlei tausender Kolleginnen und Kollegen. Deren Lage politisch oder tarifrechtlich zu verbessern, ist in den letzten Jahren nicht gelungen. Wichtig bleiben genaue Kenntnisse des schwierigen, unübersichtlichen Sozialversicherungsrechts. Mit seiner Broschüre »Sozialversicherungsrecht für selbständige Dozenten« liefert Kollege Erwin Denzler, Dozent für Sozial- und Arbeitsrecht in Fürth, eine ausgezeichnete Orientierungshilfe. Sie ist jetzt in

dritter, überarbeiteter Auflage erschienen. Anhand von Fallbeispielen beschreibt Denzler die Rechtslage, ausführlich referiert er die Rechtsprechung. Der 90 Seiten starke Band enthält ein Kapitel zur Krankenversicherungspflicht, die seit dem 1. April dieses Jahres gilt. Eine Reihe von Mustertexten bietet praktische Hilfe mit hohem Gebrauchswert.

Mitglieder der GEW erhalten die Rechtsfibel zum Sonderpreis.  
Bestellungen an: GEW Bayern, Büro für Weiterbildung,  
E-Mail: [gew.peter.weiss@t-online.de](mailto:gew.peter.weiss@t-online.de).

Erwin Denzler betreibt auch eine informative Homepage:  
[www.erwin-denzler.de/sv-dozenten](http://www.erwin-denzler.de/sv-dozenten)

# Verbesserungen der Integrationskurse durchgesetzt!

Der lange Atem, mit dem die GEW und andere Initiativen für angemessene Arbeitsbedingungen der Lehrenden und bessere Lernbedingungen der Teilnehmenden gestritten, demonstriert und argumentiert haben, hat sich gelohnt!

- Für die ab 01.07.2007 beginnenden BAMF-Kurse wurde die Vergütung für die Träger der Integrationskurse von 2,05 Euro auf 2,35 Euro angehoben.
- Ab sofort bezuschusst das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge die verkürzte Zusatzqualifizierung für Lehrkräfte im Integrationskurs mit bis zu 650 Euro und die unverkürzte Zusatzqualifizierung mit bis zu 1.300 Euro.
- Deutsche Staatsangehörige mit Integrationsbedarf können an den Integrationskursen teilnehmen (bereits wirksam).
- Teilnehmende, die nach 600 Stunden B1 nicht erreicht haben, erhalten zusätzliche 300 Stunden (dem Bundestag vom BAMF empfohlen).
- Die HöchstteilnehmerInnenzahl wird auf 20 pro Kurs gesenkt (dem Bundestag vom BAMF empfohlen).
- Zur Alphabetisierung wird ein zusätzlicher Vorkurs von 300 Stunden vorgeschaltet (dem Bundestag vom BAMF empfohlen).
- Statt des B1-Testes wird ein skaliertes Abschlusstest auf den Niveaustufen A2 bis B1 eingeführt (dem Bundestag vom BAMF empfohlen).

Einer der Eckpunkte unserer Forderungen, die Festsetzung eines Mindesthonorars durch das BAMF, konnte so nicht durchgesetzt werden. Das Bundesamt hat jedoch ausdrücklich die Erhöhung des Stundensatzes gegenüber den Trägern mit der Notwendigkeit der Erhöhung des Honorars begründet. Bei 15 Teilnehmenden ergibt sich ein Plus pro Stunde von 4,50 Euro.

Die GEW fordert daher von den Trägern: 3 Euro mehr für die Lehrkräfte! Die Erhöhung des Stundensatzes auf 2,35 Euro bleibt weit hinter der Forderung der GEW und anderer Initiativen zurück, daher fordert sie vom BAMF erneut:

- Anhebung des Stundensatzes für die Träger auf 3,00 Euro pro TeilnehmerIn und Unterrichtsstunde!
- Mindesthonorar von 25 Euro für die Lehrkräfte!

Die vom BAMF geforderten umfangreichen Nachqualifizierungen für erfahrene Lehrkräfte sind unzumutbar, daher fordert die GEW:

- Keine Nachqualifizierungen für erfahrene Lehrkräfte, stattdessen Anerkennung ihrer nonformal und informell erworbenen Kompetenzen.

## von Dr. Stephanie Odenwald

Leiterin des Organisationsbereichs Berufliche Bildung und Weiterbildung beim GEW-Hauptvorstand



## »Junge Helden«

26 dokumentarische Kurzfilme für 10- bis 15-Jährige über das Leben von Kindern und Jugendlichen in zehn europäischen Ländern stehen auf dem Programm der zweiten Filmreihe »doxs! on Tour« vom 29.11. bis 1.12. in der Pasinger Fabrik in München. Anmeldungen zum Schulklassenprogramm und weitere Informationen: Kultur & Spielraum e. V. München Ursulastr. 5 • 80802 München Tel.: 0 89-34 16 76 • Fax: 0 89-34 16 77 info@kulturundspielraum.de

## Verlag Bunt & Vielfalt bei der Münchner Bücherschau

Vom 14.11. bis 2.12. bietet der Spiel- und Aktionsraum München täglich von 14.00 - 18.00 Uhr im 2. Stock des Kulturzentrums Gasteig mit seinen Werkstätten vielfältige Möglichkeiten für Kinder ab 8 Jahren, selbst Bücher herzustellen mit Texten, Illustrationen, Collagen oder Comicgeschichten. In der Buchbinderei entstehen Mappen und Fotoalben. An den Vormittagen steht der Aktionsraum für den Besuch mit Schulklas-

## Dies und Das

sen offen. Dafür wird ein Unkostenbeitrag von 3 Euro pro Kind erhoben. Es ist eine Anmeldung erforderlich bei: Kultur & Spielraum e. V. München Ursulastr. 5 • 80802 München Tel.: 0 89-34 16 76 • Fax: 0 89-34 16 77 info@kulturundspielraum.de Unter: www.kulturundspielraum.de gibt es Informationen über das gesamte Programm

## DVD »OutNow!«

Tom ist 16 und steht kurz vor seinem Coming-out. In der Schule als Außenseiter schikaniert, traut er sich nur in der Anonymität der Chaträume, seine Gefühle und Ängste zu äußern. Der Kurzfilm »Out Now!« thematisiert neben den Ängsten Diskriminierter auch die Hintergründe, den Gruppendruck und die Gewaltbereitschaft bis hin zu gesellschaftlicher Ausgrenzung aufgrund von Vorurteilen. Der Film wendet sich vor allem an junges Publikum und will zu selbst-

ständigem Nachdenken über Diskriminierung und Toleranz anregen. In Diskussionen können mit Hilfe der begleitenden Arbeitsblätter und Interviews mit SchülerInnen eigene Lösungen gefunden werden. Die Sensibilität gegenüber dem anderen soll ebenso gefördert werden wie ein respektvoller und toleranter Umgang mit Minderheiten, frei von Wertungen jeder Art. Der Film (ausgezeichnet mit dem Prädikat »wertvoll«) von Sven J. Matten ist als DVD (in geringer Stückzahl auch als VHS-Video) erhältlich und kann inkl. der Arbeitsblätter vom Preis von 10 Euro zzgl. Versandkosten bestellt werden bei:

Bayerisches Seminar für Politik e. V. Oberanger 38/1 • 80331 München Tel.: 0 89-2 60 90 06 • Fax: 0 89-2 60 90 07 bsp@baysem.de • www.baysem.de

## inter@ktiv. 2007

Inter@ktiv – das mittlerweile 13. pädagogische und kulturelle Herbst-Event rund um neue Medien, Multimedia und Internet – steht in diesem Jahr unter dem Titel »Alles online«. Vom 25. Oktober bis 30. No-

vember 2007 beschäftigen sich WissenschaftlerInnen, PraktikerInnen, NutzerInnen und Interessierte mit den Chancen und Risiken der (Online-)Kommunikation im Zeitalter von Web 2.0.

Die InitiatorInnen und VeranstalterInnen von Inter@ktiv präsentieren medienpädagogische Konzepte und Angebote, neue Ideen und Impulse im Umgang mit den so genannten neuen Medien. Neben Vorträgen, Workshops und Mitmach- und Spielaktionen bietet Inter@ktiv ein bundesweit einzigartiges Forum für den intensiven Meinungs- und Erfahrungsaustausch zwischen PädagogenInnen, Kindern und Jugendlichen. Ergänzt wird Inter@ktiv um beispielhafte Aus- und Fortbildungsangebote.

Für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen stellen die neuen Technologien rund um das Web 2.0 interessante Möglichkeiten dar, Medienprodukte schnell und ohne fundierte technische Kenntnisse zu produzieren und zu veröffentlichen. Weblogs oder Communities bieten Heranwachsenden ein reichhaltiges Angebot der Partizipation an virtuellen Welten. Gleichzeitig verschiebt sich die Grenze zwischen Privatem und Öffentlichem. Die Bewusstmachung der darin liegenden Chancen und Risiken ist u. a. künftige Aufgabe der (Medien-)Pädagogik; kommunikative und Medienkompetenz sind gefragt. Welche Herausforderungen zu meistern sind und welche pädagogischen Handlungsnotwendigkeiten sich daraus ergeben, soll in den Veranstaltungen von Inter@ktiv 2007 diskutiert werden.

Weitere Informationen und das Programmheft von inter@ktiv 2007 gibt es beim:

Medienzentrum München des JFF

Tel.: 0 89-1 26 65 30

[www.interaktiv-muc.de](http://www.interaktiv-muc.de) und [www.jff.de](http://www.jff.de)

### Prävention auf Türkisch

Jedes Jahr wieder werden weit über 20.000 Kinder in Deutschland Opfer sexueller Gewalt. Viele der Übergriffe werden nicht angezeigt. Die Aufdeckung der Tat gegenüber Erwachsenen fällt den Kindern häufig nicht leicht. Nur etwa ein Drittel aller betroffenen Kinder berichtet Untersuchungen zufolge jemandem kurz nach dem Vorfall von der erlebten sexuellen Gewalt. Besonders schwierig ist diese Situation für Kinder aus MigrantInnenfamilien generell und

## Dies und Das

aus Flüchtlingsfamilien insbesondere. Die Zugehörigkeit zu einer Minderheitskultur ist ein Faktor, der nachweislich dazu führt, dass die Kinder sich seltener Hilfe von Erwachsenen holen (können). Gerade diese leidvollen Erfahrungen prägen ein Kind jedoch häufig tief und lebenslang.

AMYNA, Institut zur Prävention von sexuellem Missbrauch, hat für Eltern mit (und ohne) Migrationshintergrund eine Broschüre erstellt, die neben der deutschen Version auch auf Türkisch, Kroatisch, Persisch und Arabisch vorliegt und vor allem Eltern mit Migrationshintergrund darüber informiert, was sie tun können, um ihre Kinder vor sexueller Gewalt möglichst gut zu schützen.

Die 12-seitige Broschüre ist in München gegen Portokosten, außerhalb Münchens für 0,50 Euro zzgl. Versandkosten erhältlich. Download von der Homepage möglich:

<http://www.amyna.de/publikationen/>

[publ\\_faltblaetter.htm](http://www.amyna.de/publikationen/publ_faltblaetter.htm)

AMYNA • Mariahilfplatz 9 • 81541 München

Tel.: 0 89-2 01 70 01 • Fax: 089-2 01 10 95

[info@amyna.de](mailto:info@amyna.de)

### »Abulimaus ist höflich«

Höflichkeit ist wichtig und gehört in vielen Kulturen zu einem guten Benehmen. Doch sollte man nicht vergessen, dabei die eigenen Grenzen zu wahren. Kinder können diese Grenzen oft jedoch nicht selbst setzen, aus Angst, der

von den Eltern geforderten Höflichkeit gegenüber Erwachsenen nicht nachzukommen. »Abulimaus ist höflich« ist ein Kinderbuch, das Eltern und ihren Kindern zeigen soll, dass es in bestimmten Situationen durchaus wichtig sein kann, sich zu wehren und die Höflichkeit abzulegen. Besonders in Fällen, in denen man ihnen wehtut, Angst macht oder sie beschämt.

Dieses Kinderbuch ist in Deutsch und Türkisch geschrieben und macht es Eltern auch durch die lustigen Illustrationen leichter, mit ihren Kindern über dieses wichtige Thema



zu reden. Es ist für Kinder von 4 bis 8 Jahren konzipiert und kostet 9 Euro zzgl. Porto und Versandkosten und kann bestellt werden bei:

AMYNA

Mariahilfplatz 9 • 81541 München

oder unter [www.amyna.de](http://www.amyna.de)

### »frei leben – ohne gewalt«

Unter diesem Motto führt »TERRE DES FEMMES« am 25. November, dem Internationalen Tag »NEIN zu Gewalt an Frauen« wieder in rund 800 Städten und Gemeinden eine Fahnenaktion durch. Bereits in den vergangenen Jahren entstanden durch diese Aktion wichtige Netzwerke und Bündnisse im Kampf gegen Gewalt an Frauen. Nähere Informationen:

[www.frauenrechte.de](http://www.frauenrechte.de)

### Medienkoffer »Prix Jeunesse«

Der »Prix Jeunesse Koffer für Kids« gibt Schulen und freizeitpädagogischen Einrichtungen die Möglichkeit, mit Fernsehsendungen aus aller Welt interkulturelle Bildung praxisorientiert umzusetzen. Ziel des von der Stiftung Prix Jeunesse entwickelten Arbeitsmaterials ist es, durch spielerisches Erarbeiten der Inhalte und Botschaften von Fernsehsendungen Kindern einen Einblick in andere Kulturen zu bieten und an einen souveränen Umgang mit dem Medium Fernsehen heranzuführen. Der Koffer bietet zu verschiedenen thematischen Schwerpunkten jeweils zwei bis drei ausgewählte Fernsehsendungen aus verschiedenen Ländern dieser Welt. Darüber hinaus enthält er pädagogisches Begleitmaterial für die Vor- und Nachbereitung. Ein Großteil der Materialien ist vornehmlich für jüngere Kinder gedacht, einiges kann jedoch ebenso für Bildungs- und Lehrveranstaltungen mit Jugendlichen genutzt werden.

Der Medienkoffer kann entliehen werden über:

[www.migration-online.de/medienvleih](http://www.migration-online.de/medienvleih)



Der LesePeter ist eine Auszeichnung der Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM) der GEW für ein herausragendes, aktuelles Buch der Kinder- und Jugendliteratur. Die ausführliche Rezension (mit pädagogischen Hinweisen) gibt es unter [www.AJuM.de](http://www.AJuM.de) (Datenbank) oder [www.LesePeter.de](http://www.LesePeter.de).

Im November 2007 erhält den LesePeter das Jugendbuch

**Barbara Stieff: Träume ernten – Hundertwasser für Kinder**

München • Prestel 2007 • 96 S. • 19,95 Euro • ab 8 Jahren

Hier ist nicht nur ein Buch über den bekannten Maler Friedensreich Hundertwasser gelungen, sondern es ist auch ein Buch, das Kindern viel Weises erzählt über das Leben, die Liebe zur Natur, über Schönheit und über das Glückliche. Und es regt lebendig ganz konkret zum fröhlichen Schaffen an.

# Interessante Veranstaltungen ab November 2007

Die Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an: GEW-Büro für Gewerkschaftliche Bildungsarbeit, Werner Schottenloher, Richard-Wagner-Str. 5/II, 93055 Regensburg, Tel./Fax: 09 41/79 36 95, E-mail: gew21972@aol.com

<b>10.11.07</b>	<b>Angestellte Lehrkräfte in Bayern – Perspektiven für die Tarifrunde 2008.*</b> Mit Peter Jonas, Referent für Beamten- und Tarifpolitik beim GEW-Hauptvorstand	Seminar	<b>Nürnberg</b> DGB-Haus, Raum 2a-2b 10.30 - 16.00 Uhr
<b>17.11.07</b>	<b>Bludige Zeit'n – Lieder und Texte zum Aufstand der Oberländer.</b> Mit Otto Göttler, Sepp Raith und Wolfram Kunkel. Veranstalter: GEW Oberbayern	Liederabend	<b>Dorfen</b> Gasthaus »Soafa« 20.00 Uhr
<b>19.-20.11.07</b>	<b>Neu als Betriebsrat.</b> Aufgaben, Rechte, Arbeitsweisen – eine Einführung.	BR-Seminar	<b>Niederpöcking</b>
<b>23.-24.11.07</b>	<b>Neumitgliederseminar: Personal, Programm und Politik der GEW kennenlernen.*</b>	Seminar	<b>Bamberg</b>
<b>28.11.07</b>	<b>Eine Schule für alle – zum Umgang mit Heterogenität.*</b> Mit Annemarie Roithmeier-Huber. Anmeldung bei: Peter Caspari Tel. 0 81 24-92 37, Fax: 0 81 24-90 96 32, gew.oberbayern@t-online.de	Vortrag und Praxisbeispiel	<b>Wörth b. Erding</b> Hauptschule 14.30 - 17.00 Uhr
<b>07.-09.12.07</b>	<b>Bildung sichtbar machen.</b> DozentInnenausbildung der GEW für das »Bildungsbuch«. Teil 1 (von 1-3, insges. 11-tägig). Mit Dr. M. Reißmann, T. Krey-Gerve, Dr. W. Dießner u.a., Veranstalter: GEW-Hauptvorstand/VB Jugendhilfe und Sozialarbeit */** Infos: juhi@gew.de Tel.: 0 69-78 97 33 28 (Bernhard Eibeck)	Fort- und Weiterbildung (3 Seminarblöcke, Kosten ca. 1250 Euro)	<b>Eisenach/Thüringen</b>
<b>14.12.07</b>	<b>Jahresabschlussfeier</b> der GEW Aschaffenburg	Rück- und Ausblick	<b>Aschaffenburg</b> Hofgut Fasanerie, 19.00 Uhr

**München: siehe immer auch: [www.gew-muenchen.de](http://www.gew-muenchen.de). Weitere Informationen über unsere Mailinglist, Eintrag jederzeit widerruflich! Bitte per E-Mail anfordern.**

\* Anmeldung erbeten, falls nicht anders angegeben über:  
GEW-Büro, z. Hd. W. Schottenloher, Richard-Wagner-Str. 5, 93055 Regensburg, Tel./Fax: 09 41-79 36 95, E-Mail: GEW21972@aol.com

\*\* Teilnahmegebühr

## LandesvertreterInnenversammlung 2008

Der Landesausschuss der GEW Bayern hat die nächste LandesvertreterInnenversammlung zum **28. Februar bis 1. März 2008** einberufen. Tagungsort ist München.

Zu den vorrangigen Aufgaben der LandesvertreterInnenversammlung gehört die Neuwahl des Landesvorstandes.

Ihm gehören an:

- die/der Vorsitzende
- zwei stellvertretende Vorsitzende
- die/der Geschäftsführer/in
- die/der Schatzmeister/in
- bis zu 11 weitere Vorstandsmitglieder

Der Landesvorstand ist gemäß § 24 der Satzung insbesondere verantwortlich für: die vier Bildungsbereiche (Erziehung und soziale Arbeit, allgemeinbildende Schulen, berufliche Schulen/Fort- und Weiterbildung, Hochschule und Forschung), Recht und Rechtsschutz, Tarifpolitik, Finanzen, Geschäftsstelle, Gleichstellung und Frauenförderung, Junge GEW, SeniorInnen, Mitgliederwerbung, Neumitglieder, DDS, Öffentlichkeitsarbeit (extern/intern), Gewerkschaftliche Bildungsarbeit, Personal-, Betriebsräte und MitarbeiterInnenvertretung, Kontakt- und Vertrauensleute, Fach-, Personengruppen und Ausschüsse, Unterstützung von Gliederungen der GEW, die Initiierung und Begleitung von Projektarbeit.

Die Frist zur Einreichung von Anträgen an die LVV hat der Landesausschuss auf den 17. Dezember 2007 festgelegt.

Antragsberechtigt für die LVV sind der Landesausschuss, der Landesvorstand, die Bezirksverbände, die Kreisverbände, die Fachgruppenschüsse, der Angestelltenausschuss, der Ruhestandsausschuss, der Frauenausschuss, der Landesausschuss Junge GEW, der Landesausschuss für multikulturelle Politik und der LandesstudentInnenausschuss des Landesverbands.

Wolfram Bundesmann (Geschäftsführer)

Die GEW München fordert für die Tarifaufeinandersetzung im ÖD:

- Mindestens 6 % mehr Lohn mit einer spürbaren Festgeldkomponente im Sinne der Kolleginnen und Kollegen der unteren Lohngruppen!
- Arbeitszeitverkürzung in Richtung 35-Stunden-Woche – keine Minute Arbeitszeitverlängerung!
- Abschaffung des § 18 TVöD (Leistungszulage), der zur Überprüfung ansteht – mindestens Einfrieren der dafür vorgesehenen Lohnsumme!
- Streichung der Meistbegünstigungsklausel für Arbeitgeber!
- Keine Entgeltordnung, die schlechtere Eingruppierungsregelungen als der BAT vorsieht!

Folgendes haben wir uns für das Streikkomitee als Aufgaben und Ziele gesetzt:

Vernetzung der GEW-Mitglieder, die direkt und indirekt vom TVöD erfasst sind; Kooperation mit ver.di; ReferentInnentätigkeit auf Personal- und Betriebsversammlungen; Publikation unserer Forderungen zur Tarifrunde 2008 u. a.



Das Streikkomitee der GEW München freut sich über alle GEW-KollegInnen, die sich mit uns zusammen daran beteiligen möchten. Kontakt: streikkomitee@gew-muenchen.de



## Herzlichen Dank

sagen wir allen, die der Gewerkschaft seit vielen Jahren die Treue halten.  
Im November gilt unser Dank ganz besonders

für **40 Jahre** Mitgliedschaft  
**Hartmut Träger**, Fürth,

für **35 Jahre** Mitgliedschaft  
**Karin Altekrüger**, Alzenau,  
**Barbara Bittner**, München,  
**Gitte Gschwendtner**, Nürnberg,  
**Doris Janka**, Schweinfurt,  
**Brigitte Julinek**, Eching,  
**Ulla Knirsch-Wimmer**, München,  
**Ute Krause**, München,  
**Mechthild Leske-Murau**, Burgthann,  
**Birgitta Ludwig**, Truchtlaching,  
**Maria Elisabeth Risse**, München,  
**Christa Weinzierl**, Freising,  
**Dieter Bauer**, Nürnberg,  
**Frank Brünner**, Erlangen,  
**Manfred Dietrich**, Nürnberg,  
**Günter Etzel**, Hollenbach,  
**Hans Gmelch**, Pottenstein,  
**Hans-Georg Görg**, Burgthann,  
**Rainer Mundhenke**, Nürnberg,  
**Albert Rogg**, Regensburg, und  
**Ulrich Schuster**, Haar.

## Herzlichen Glückwunsch!

Wir gratulieren allen Kolleginnen und Kollegen,  
die im November Geburtstag feiern,  
ganz besonders

**Parmatma Prakash**, München, zum **86.**

**Maria Danner**, Surberg, zum **84.**

**Helmut Röble**, Neuried, zum **82.**

**Konrad Maurer**, Burghausen, zum **73.**

**Dr. Dietrich Grille**, Erlangen, zum **72.**

**Karin Turkowski**, Garching,

**Walter Hundhammer**, Füssen,

**Klaus Peter König**, Germering, und

**Otto Werner**, Kaufbeuren, zum **70.**

sowie zum **65.**

**Helga Veith**, Freising, und

**Bernd Seeberger**, Mühldorf.

### Besoldungserhöhung bringt Beitragserhöhung

Im Zuge der Föderalismus-Reform ist auch die BeamtInnen-Besoldung, ehemals bundeseinheitlich geregelt, jetzt Sache der Länder geworden.

Der Freistaat Bayern hat nun den Reigen der Besoldungsrunde eröffnet und die Besoldung der Beamtinnen und Beamten ab 1. Oktober 2007 um drei Prozent erhöht.

Dies hat auch Folgen für den Einzug des GEW-Beitrages, der ja an das Einkommen gekoppelt ist:

Bei den bayerischen GEW-Mitgliedern im Beamtenverhältnis erhöht sich der GEW-Beitrag ab Oktober 2007 ebenfalls um drei Prozent.

Die Erhöhung wird mit dem Lastschrifteneinzug der Beiträge im November umgesetzt.

Nachbetrachtung:

Die GEW-Beiträge der bayerischen verbeamteten Mitglieder liegen damit (zumindest kurzzeitig) um drei Prozent höher als diejenigen in anderen Bundesländern. Wer sich darüber ärgert, hat ganz recht, sollte aber bitte auch bedenken, dass dies die Kehrseite ein- und derselben Medaille ist, nämlich einer entsprechend höheren Besoldung.

Wolfram Bundesmann (Landesgeschäftsführer)



### GEW und DGB-Jugend rufen auf zum Aktionstag »Ausbildung und Übernahme für alle« nach Nürnberg

Angesichts der düsteren Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt – gerade auch für »AltbewerberInnen« – wollen wir das Thema »Recht auf Ausbildung« verstärkt in der Öffentlichkeit präsent halten.

Zum Aktionstag in Nürnberg sollen Auszubildende, SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern mobilisiert werden.

Material gibt's in den Büros der DGB-Regionen und auf der Homepage der DGB-Jugend unter: [www.dgb-jugend-by.de](http://www.dgb-jugend-by.de). Dort kann man auch mehr über den Ablauf (z. B. das attraktive Musikprogramm) erfahren.

Die Anmeldung soll möglichst bis zum 8. November über die DGB-Jugendsekretariate erfolgen. Dort gibt es auch Infos über die Abfahrtszeiten der Busse, die aus den jeweiligen Regionen nach Nürnberg fahren.

# GEW-Stammtische ...GEW-Stammtische ... GEW-Stammtische ...

Diese Treffen finden regelmäßig statt, nicht jedoch in den Ferienzeiten. Die Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an: GEW-Büro für Gewerkschaftliche Bildungsarbeit, Werner Schottenloher, Richard-Wagner-Str. 5/II., 93055 Regensburg, ☎ / Fax 09 41/79 36 95, e-mail: gew21972@aol.com

**Aschaffenburg/Miltenberg** Termine/Themen der Treffen siehe Aktionskalender auf [www.gew-aschaffenburg.de](http://www.gew-aschaffenburg.de)  
Kontakt: Isabella Zang, ☎ 0 60 92/72 71

**Augsburg** jeden 1. Schuldonnerstag im Monat offene Vorstandssitzung ab 19.30 Uhr im Augsburger GEW-Büro, Schaezlerstr. 13 1/2  
Kontakt: Ulli Bahr, ☎ 08 21/51 45 02 (GEW-Nummer mit AB)

**Bad Neustadt** Treffen nach Vereinbarung  
Kontakt: Wolfgang Büchner, ☎ 0 97 73/82 86

**Bad Tölz/Wolfratshausen** jeden letzten Donnerstag im Monat 20.00 Uhr, Ratsstuben Geretsried  
Kontakt: Andreas Wagner, ☎ 0 81 71/96 56 05

**Bamberg** Termine/Themen der Treffen siehe: [www.gew-oberfranken.de](http://www.gew-oberfranken.de)  
Kontakt: Ernst Wilhelm, ☎ 09 51/6 78 88

**Bayreuth** jeden 1. Mittwoch im Monat oder nach Ferien, 20.00 Uhr, Braunbierhaus gegenüber Stadtkirche Bayreuth, 19.00 Uhr Vorstands-Treff  
Kontakt: Ernst Friedlein, ☎ 0 92 01/5 90, Roland Dörfler, ☎ 09 21/9 26 55

**Coburg** jeden 2. Donnerstag im Monat, 20.00 Uhr, Naturkostrestaurant »Tie«  
Kontakt: Karin Seifert-Lobedank, ☎ 0 95 61/81 20 36

**Donau-Ries/Dillingen** monatlich Mittwoch nach Vereinbarung, 19.30 Uhr, wechselnd: DGB-Haus Nördlingen oder Posthotel Traube Donauwörth  
Kontakt: Hansjörg Schupp, ☎ 0 90 83/4 16, Fax: 0 90 83/9 10 78

**Erlangen** jeden Dienstag Sprechstunde von 17.30 - 18.30 Uhr, Arbeitslosenberatung: jd. 1. Mittw. 16-18 Uhr und jd. 3. Mittw. 18-20 Uhr, Friedrichstr. 7  
Kontakt: Hannes Henjes, ☎ 0 91 93/17 12

**Forchheim** jeden 2. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr, DreiBauernStüberl  
Kontakt: Andreas Hartmann, ☎ 0 91 91/70 24 32

**Fürth** jeden Freitag 13.20 Uhr, Gaststätte BAR, Gustavstraße  
Kontakt: Gerhard Heydrich, ☎ 09 11/8 01 97 00

**Haßfurt** jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, Alte Schule  
Kontakt: Walter Richter, ☎ 0 95 23/76 89

**Ingolstadt** jeden 3. Donnerstag im Monat, 20.00 Uhr, Ölbaum (a.d. Schleifmühle)  
Kontakt: Manfred Lindner, ☎ 0 84 56/91 81 73

**Kempten** jeden 1. Dienstag im Monat  
Kontakt: Doris Lauer, ☎ 08 31/2 79 10

**Lindau** Treffen nach Vereinbarung  
Kontakt: Irene Mathias, ☎ 0 83 82/2 83 09

**Main-Spessart** Treffen nach Vereinbarung  
Kontakt: Elfriede Jakob-Komianos ☎ 0 93 52/57 68 oder Wolfgang Tröster, ☎ 0 93 53/81 81

**Memmingen/Unterallgäu** jeden 1. Schuldonnerstag im Monat, 20.30 Uhr, Parkhotel a.d. Stadthalle  
Kontakt: Stefan Kohl, ☎ 0 83 31/98 48 48, [gew-unterallgaeu@gmx.de](mailto:gew-unterallgaeu@gmx.de)

**München AK Personalräte und Vertrauensleute** monatlich, Mittwoch 17.00 Uhr, DGB-Haus,  
Kontakt: Hacki Münder, ☎ 0 89/4 48 39 16 und Franz Stapfner, ☎ 0 89/5 80 53 29

**München Aktion Butterbrot**  
Treffen im DGB-Haus, Termine: [www.aktionbutterbrot.de](http://www.aktionbutterbrot.de)  
Kontakt: [aktion-butterbrot@web.de](mailto:aktion-butterbrot@web.de)

**München Fachgruppe Berufliche Schulen** Termine auf Anfrage  
Kontakt: Joe Lammers, ☎ 0 89/3 08 82 43

**München Fachgruppe Grund- und Hauptschulen** nach Absprache  
Kontakt: Jürgen Pößnecker, ☎ 0 89/66 80 91

**München Fachgruppe Gymnasien** Termine auf Anfrage  
Kontakt: Andreas Hofmann, ☎ 0 89/7 25 83 94

**München Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe**  
Termine: [www.gew-muenchen.de](http://www.gew-muenchen.de)  
Kontakt: Stefan Teuber, ☎ 0 89/36 72 77

**München Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe** jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, DGB-Haus  
Programm: [www.gew-muenchen.de](http://www.gew-muenchen.de)  
Kontakt: Bernd Englmann-Stegner, ☎ 0 89/49 68 81

**München GEW-Hochschulgruppe im AK Gewerkschaften**  
Offene Treffen jeden 1. und 3. Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, AStA LMU,  
Kontakt: [gewerkschaften-kontakt@stuve.uni-muenchen.de](mailto:gewerkschaften-kontakt@stuve.uni-muenchen.de)

**München Lehramtskampagne an der Uni**  
Sprechstunde Dienstag 10.00 - 12.00 Uhr in der SIB um AStA der LMU, Leopoldstr. 15, 80802 München  
Kontakt: [gew-la@stuve.uni-muenchen.de](mailto:gew-la@stuve.uni-muenchen.de)

**Neumarkt/Oberpfalz** Mittwoch nach Vereinbarung, 19.30 Uhr, Plitvice  
Kontakt: Sigi Schindler, ☎ 0 91 85/10 91

**Neu-Ulm/Günzburg** monatlich, Termin auf Anfrage  
Gasthaus Lepple, Vöhringen, oder Bad Wolf, Neu-Ulm  
Kontakt: Ulrich Embacher, ☎ 0 73 07/2 33 96

**Nürnberg AK Gewerkschaftlicher Durchblick** jeden Dienstag, 20.00 Uhr, Heimat, Eberhardshofstraße  
Kontakt: Geschäftsstelle, ☎ 09 11/6 58 90 10

**Nürnberg Fachgruppe Berufliche Schulen** Termine auf Anfrage  
Kontakt: Reinhard Bell, ☎ 09 11/3 18 74 56

**Nürnberg/Fürth FG Sonderpädagogische Berufe Mittelfranken**  
Termine und Infos unter: [www.gew-fachgruppe.de.vu](http://www.gew-fachgruppe.de.vu)  
Kontakt: Stephan Stadlbauer, ☎ 09 11/7 36 03 10

**Nürnberger Land** Termine auf Anfrage  
Kontakt: Hermann Hagel, ☎ 0 91 28/72 90 51

**Pfaffenhofen** jeden 2. Donnerstag im Monat, 20.00 Uhr, Griechisches Restaurant Afrodite in Niederscheyern  
Kontakt: Norbert Lang-Reck, ☎ 0 84 41/7 11 92

**Regensburg** jeden 2. Donnerstag im Monat, 20.30 Uhr, Paulaner Garten (ehem. Paradiesgarten)  
Kontakt: Peter Poth, ☎ 09 41/56 60 21

**Rosenheim/Kolbermoor** jeden 3. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr, Pizzeria Milano/Zum Mareis in Kolbermoor  
Kontakt: Andreas Salomon, ☎ 0 80 31/9 51 57

**Schweinfurt** jeden 2. Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Brauhaus am Markt  
Kontakt: Karl-Heinz Geuß, ☎ 0 97 21/18 69 36

**Selb** jeden 1. Schulmontag im Monat, 20.00 Uhr, Golden Inn, Bahnhofstraße  
Kontakt: Fred Leidenberger, ☎ 0 92 53/12 21

**Starnberg** jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.30 Uhr, Herrsching, KommHer, Luitpoldstraße, alte Volksschule  
Kontakt: Werner Siegl, ☎ 0 81 52/35 06

**Sulzbach-Rosenberg** jeden 3. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, Gaststätte Sperber  
Kontakt: Manfred Schwinger, ☎ 0 96 61/77 55

**Weiden** jeden 1. Schulmontag im Monat, 19.30 Uhr, Reichelbräustüberl, Ackerstraße, Nähe JUZ  
Kontakt: Anna Forstner, ☎ 09 61/4 01 76 30

**Weißenburg (Mfr.)** jeden 1. Donnerstag im Monat, 19.00 Uhr, Casino  
Kontakt: Manfred Loy, ☎ 0 91 41/24 93

**Würzburg** jeden 2. Dienstag (ab 1. Schultag nach Ferien), 20.30 Uhr, Altdeutsche Weinstube  
Kontakt: Walter Feineis, ☎ 09 31/4 52 76 85

**[www.gew-bayern.de](http://www.gew-bayern.de) ... [www.gew-bayern.de](http://www.gew-bayern.de) ... [www.gew-bayern.de](http://www.gew-bayern.de) ... [www.gew-bayern.de](http://www.gew-bayern.de)**

## Auch die GEW München berät

Die Beratungsstelle Beine, Sozialberatung von Betroffenen für Betroffene, ist eine gemeinsame Aktion des Arbeitskreises Arbeitslosigkeit von GEW, IG Metall und Verdi München.

**Jeden Dienstag von 10.00 bis 12.00 Uhr findet die Beratung in der Bayerstraße 69 (ver.di-Haus) im 1. Stock statt.**

Wir helfen und vermitteln Ideen bei sozialen Problemen. Sei es bei Jobsuche, Rente, Arge oder Arbeitsamt.

Meist können wir helfen, sei es durch einen konkreten Ratschlag, sei es durch die Benennung eines kompetenten Spezialisten.

Einige typische Fälle: Verpflichtungen zum Unterhalt aus der Vor-Hartz-Zeit • Ärger mit der GEZ • Sinnvolle Gestaltungen beim Übergang von Alg I zu Hartz IV bevor Hartz IV beginnt • eigene Wünsche bei Eingliederungsvereinbarungen • Überprüfung von Nebenverdienstanrechnungen der Arge die meist fehlerhaft sind . In vielen Fällen lässt sich eine Änderung zugunsten der Betroffenen erreichen.

Weitere MitstreiterInnen sind willkommen, und zwar sowohl im Arbeitskreis Arbeitslosigkeit, der sich jeden Dienstag von 13.30 bis 15.00 Uhr im Besprechungsraum der IG Metall im 1.Stock in der Schwanthaler Straße 64 trifft, als auch in der Beratungsstelle Beine, jeden Dienstag von 10.00 bis 12.00 Uhr, 1. Stock ver.di-Haus.

Insbesondere werden BegleiterInnen zur Arge gesucht, da leider bei vielen Fällen die zu uns kommen, eine solche Begleitung notwendig ist.

**Konny Hoff**